

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Post-Abonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in der Post-Verzeichnungsliste für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehobene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gesellschaftliche Berichte und Bekanntmachungen 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 10. Juni 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die socialdemokratischen Kandidaten für Berlin und die Nachbarkreise sind:

- | | |
|--|---|
| 1. Kreis:
Privatdocent a. D. Dr. Leo Arons, Berlin. | 4. Kreis:
Stadtverordneter Paul Singer, Berlin. |
| 2. Kreis:
Buchhändler Richard Fischer, Berlin. | 5. Kreis:
Arbeitersekretär Robert Schmidt, Berlin. |
| 3. Kreis:
Rechtsanwalt Wolfgang Heine, Berlin. | 6. Kreis:
Schriftsteller Georg Ledebour, Halensee. |
| Niederbarnim: Stadtverordneter Arthur Stadthagen, Berlin. | |
| Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Stadtverordneter Fritz Zubeil, Berlin. | |

Der Wahltag ein Feiertag.

Der Wahltag ist ein so wichtiger Tag im Leben des Staatsbürgers, daß er als ein Feiertag betrachtet werden sollte. Wir erheben seit je die Forderung, daß in Würdigung dessen die Wahl am Sonntag vorgenommen werde. Müderet und wahltaktische Erwägungen der herrschenden Parteien haben sich bisher diesem Verlangen widersetzt. Mögen daher die Arbeiter wenigstens versuchen, in friedlicher Verständigung mit den Unternehmern wenigstens einen Teil des Tages zum Feiertage zu machen. Wir richten an alle Arbeiterwähler das Ersuchen, mit den Unternehmern in Unterhandlungen zu treten, daß am Wahltag von Mittag an die Arbeit vollständig ruhe.

Zur äußeren Politik Englands.

London, 7. Juni.
 Seit Monaten häufen sich die Beweise, daß England wieder eine planmäßige und kühne äußere Politik treibt. Die Politik wird planmäßig und schematisch, da sie ein festes Ziel hat, das ihr zum Leitstern dient. Dieses Ziel heißt: Konsolidierung des Reiches; Ausbau und Befestigung der in den letzten Jahrhunderten eroberten Gebiete. Ausbau im Innern durch Schaffung gemeinsamer Interessen, der wirtschaftlichen Bande zum Zusammenschluß weiter Gebiete; Befestigung nach außen durch Sicherung der Grenzen.
 Der Durchführung dieses Zieles stehen zwei Großmächte entgegen: Rußland und Deutschland. Rußland ist der politische Gegner Englands in Asien, Deutschland der wirtschaftliche Konkurrent im britischen Reich.
 Als England sich seines Zieles und seiner Gegner bewußt wurde, begann es naturlicherweise an der Begründung dieser Hindernisse zu arbeiten. Bis zu einem gewissen Punkte sind Kompromisse billiger als Krieg. England versuchte deshalb zuerst, Deutschland durch Konzessionen zu beruhigen. Es gab ihm Samoa und schloß mit ihm andertweilige Verträge ab, allein der Ausbruch des England-Rußland-Krieges während des südafrikanischen Krieges belehrte die Briten aufs gründlichste, daß Deutschland nicht beruhigt werden könne. — Im Jahre 1899 wandte sich Lord Salisbury an Rußland und machte klare Vorschläge zur Herbeiführung eines gewissen Gleichgewichts in Asien. Salisbury's Vorschläge wurden nicht einmal einer Antwort gewürdigt! Rußland benutzte vielmehr den südafrikanischen Krieg zur Eroberung der Mandchurerei und zur Befestigung seines Einflusses in Nordpersien. Auch dieses Vorgehen belehrte England, daß Rußland ein entschiedener Feind Englands in Asien bleiben wird.
 Während des langwierigen südafrikanischen Krieges konnte England selbstredend nichts thun. „Die britischen Jähne hatten sich an Transvaal verhasst“, sagte der Kluge, aber indolente Lord Salisbury. Andererseits hat der Krieg das Ziel der englischen Diplomatie: die Konsolidierung des britischen Reiches, schärfer zum Bewußtsein gebracht. Der Krieg ging nach und nach zu Ende und eine neue Aera begann. Salisbury trat zurück; ihm schied die jüngere Generation zu frühzeitig zu sein. Lord Lansdowne wurde als auswärtiger Minister unabhängiger, ebenso Mr. Chamberlain als eigentlicher Reichsminister. Und dann fing eine systematische Politik an. Welche Minister teilten ihre Rollen genau ein. Lansdowne begann Rache zu nehmen an Rußland, das durch die Nichtbeantwortung von Salisbury's Vorschlägen und die Ausbeutung des Boerenkrieges England beleidigt und geschädigt hat. Chamberlain wandte sich gegen Deutschland.
 Rußland läßt einige Torpedoboote die Dardanellen passieren: England erhebt entschiedenen Einspruch, um wenigstens dort keine Präzedenzfälle zu schaffen. Rußland nähert sich dem persischen Meerbusen: England erklärt Südpersien als britische Einflusssphäre, die es mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen würde. Rußland schiebt seine Militärposten gegen Korea vor: England, Japan und die Vereinigten Staaten machen energische Vorstellungen in Petersburg, wo man alles ablehnet. Rußland ist aus der Mandchurerei nicht mehr herauszukriegen. Um was es sich jetzt wirklich handelt, ist Korea, die Planke der Mandchurerei. Rußland und Japan kämpfen um Korea, den nächsten Punkt im fernem Osten, der zu einem Kriege führen kann. Weiter: Rußland versuchte im vorigen Jahre, zu Tibet, dem buddhistischen Kirchenstaat, in Beziehungen zu treten. Man sprach sogar schon von einem abgeschlossenen Vertrage zwischen dem Dalai Lama und Rußland. Aber vor kaum zwei Wochen erhielt England die Erlaubnis von China, eine anglo-indische Kommission nach Lhasa, der Hauptstadt von Tibet, zu schicken. Tibet ist ein chinesisches Protektorat und hat sich bis jetzt geweigert, einer britischen Kommission den Eintritt zu gestatten, denn schon seit Jahren hat die indische Regierung Anstrengungen gemacht, mit Lhasa in Verbindung zu treten. Jetzt fordert die Regierung in Peking den Dalai Lama auf, die anglo-indische Kommission höflich zu empfangen, „denn die Folgen einer schlechten Behandlung würden aller Beschreibung spotten“. In England wird auf die Entsendung und den Empfang der Kommission großes Gewicht gelegt. Diese ganze asiatische Politik zeigt die Bestrebungen Englands in ziemlich klarer Weise. Man nehme einmal eine Karte von Asien zur Hand und man wird bald erkennen, daß England etwa um den 30. Grad nördlicher Breite die Grenzlinie zwischen sich und Rußland ziehen möchte. Zug um Zug tritt neuerdings England der russischen Politik in Asien entgegen, und man muß schon in die Periode 1850—1888 zurückgehen, um eine ähnliche anti-russische Politik in England zu finden.
 An diese Tätigkeit Lansdowne's schließt sich die Politik Chamberlains gegen Deutschland an. Der Kolonialminister antwortete dem deutschen Reichskanzler. Der deutsch-kanadische Zollkrieg bringt den Kolonialminister wieder auf die Bildfläche und seine Birminghamer Rede vom 15. Mai 1903 — es wird gut sein, sich dieses Datum zu merken — macht in der ganzen Welt Aufsehen. Wir haben das Gefühl, daß Chamberlains Rede den Zusammenschluß des britischen Reiches erheblich gefördert hat. Der Zollverein ist in den Kreis der praktischen Politik getreten. So z. B. brachten vorgestern die „Times“ eine kurze Meuter-Depesche aus Melbourne, daß der australische Finanzminister Mr. Kingston im Prinzip dem Chamberlain'schen Plane zustimme. Diese Nachricht scheint uns sehr wichtig zu sein. Denn Kingston ist der einzige Minister der australischen Föderation, der in Arbeiterkreisen beliebt ist. Er genießt den Ruf eines ehelichen und mutigen Mannes und ist erst im April 1903 von den Gewerkschaften Brisbanes (Queensland) enthusiastisch empfangen worden. Und die organisierten Arbeiter sind bis jetzt die einzigen ernststen Gegner des britischen Imperialismus in Australien gewesen.
 Selbstverständlich wollen wir damit nicht sagen, daß der Erfolg Chamberlains etwa schon in der nächsten Zeit sich zeigen würde. So rasch verwirklichen sich weite politische Pläne nicht. Chamberlain hat nicht nur seine liberalen Gegner zu überzeugen, sondern auch einen großen Teil seiner politischen Freunde. So wird gemeldet, daß der frühere Finanzminister Sir Michael Hicks Beach in den nächsten Tagen im Parlament das Wort ergreifen wird, um den Plan eines Zollvereins zu bekämpfen. Um Sir Michael werden sich alle konservativen Elemente scharf, die gegen eine Aenderung der englischen Handelspolitik sind. Man muß bedenken, daß der Freihandel in England sozusagen zur konservativen Politik gehört. Der Zollpolitische Kampf kann Jahre dauern, ehe er entschieden wird. Nur soviel scheint uns sicher zu sein, daß er schließlich doch zum Zollverein führen wird. (Allerdings wohl kaum zu jenem einheitlichen, festgeschlossenen Verband, den Chamberlain und manche seiner Verehrer planen. Die Redaktion des „Vorw.“)
 Aber der diplomatische Hauptzug kommt noch. Er ist die Annäherung Englands an Frankreich. Die französische Republik ist ihrer ganzen politischen Stellung nach die einzige Großmacht, die England sowohl gegen Rußland wie gegen Deutschland helfen könnte.

Gelingt es der englischen Politik, Rußland in Asien zu isolieren, so werden sich die russischen Diplomaten zweimal überlegen, ehe sie England trocken. Ferner ist ein englisch-französisches Einvernehmen besonders geeignet, Deutschland in Schach zu halten. Und diese englisch-französische Annäherung ist im Werden begriffen. Sie wurde noch in den letzten Monaten des Jahres 1902 — wie in unserem Jahresbericht vom 8. Januar dieses Jahres mitgeteilt wurde — eingeleitet und durch die vor einigen Wochen unternommene Reise des englischen Königs nach Paris bestätigt. Ein viel kräftigerer Beweis für diese Annahme ist aber die französische Strafexpedition nach Südmoroko, zu der England seinen Segen gab, trotzdem derartige Expeditionen mit Annexionen endigen müssen. Die englische Presse nimmt diese Nachrichten so ruhig auf, als handle es sich um vollendete Thatsachen. Dies wäre noch vor einem Jahre ganz unmöglich gewesen. Ja, in der laufenden Nummer der „Empire Review“ schlägt Sir Charles Dilke sogar vor, nach dem Ableben des belgischen Königs den Kongostaat unter die Verwaltung Frankreichs zu stellen. Sicher ist indes, daß ein Einverständnis zwischen England und Frankreich in Bezug auf Nordafrika so gut wie erzielt ist. Und damit ist auch der Anfang zu einem freundschaftlichen Verhältnis zwischen den beiden westeuropäischen Großmächten gemacht. Dieser Umschwung kann nicht verfehlen, auf Italien und Spanien rückzuwirken, und zwar keineswegs zu Gunsten Deutschlands. Darin ist auch bis zu einem gewissen Grade die Erklärung zu finden für die Reisen des deutschen Kaisers nach Rom und des Prinzen Heinrich nach Madrid. —

Wahlkampf.

Am 16. Juni wird gewählt!

Die Wahl beginnt um 10 Uhr vormittags und dauert bis 7 Uhr abends. Wer um 7 Uhr noch nicht abgestimmt hat, darf überhaupt nicht wählen, auch wenn er vorher schon im Wahllokal war. Wer es irgendwie ermöglichen kann, gehe schon vormittags zur Wahl. Abends ist erfahrungsgemäß der Andrang zum Wahllokal sehr stark. Wer deshalb sein Wahlrecht nicht durch Bummelerei verlieren will, gehe rechtzeitig zur Wahl.
 Es empfiehlt sich für jeden Wähler, eine Legitimation einzuführen (Einwohnerchein, Steuerquittung oder Mietsvertrag).
 Stimmzettel mit dem Namen des socialdemokratischen Kandidaten sind zwar an jedem Wahllokal zu haben, der vorsichtige Wähler nimmt aber seinen Stimmzettel schon von zu Hause mit.
 Der Stimmzettel muß von weisem, mittelstarkem Schreibpapier sein, darf keinerlei Kennzeichen tragen und nichts weiter enthalten, wie die genaue Bezeichnung des Kandidaten. Der Stimmzettel muß ungefähr 9 zu 12 Centimeter groß sein.
 Man kann sich seinen Stimmzettel selber schreiben. Gültig sind auch Stimmzettel, auf denen ein Name durchgestrichen und ein anderer darunter geschrieben ist.
 Der Kandidat muß aber so genau bezeichnet sein, daß jeder Zweifel über seine Person ausgeschlossen ist. Es genügt also z. B. nicht „Schmidt“, sondern man muß schreiben: Arbeitersekretär Robert Schmidt in Berlin.
 In welchem Wahlkreise man wohnt und in welchem Wahllokal man zu wählen hat, ist im „Vorwärts“ Nr. 125 (Pfingstnummer) bekannt gemacht. Außerdem bekommt jeder Wähler noch von unsrer Partei eine besondere Mitteilung darüber. Wenn sie aus Versehen nicht zugehen sollte, der bemähe sich bei dem Nachbar darum.
 Das Wahlgeheimnis ist durch das neue Wahlverfahren vollständig gesichert. Niemand braucht mehr zu fürchten, daß seine Abstimmung kontrolliert werden kann. Es wird nicht mehr der bloße Stimmzettel abgegeben; dieser muß vielmehr in ein Couvert gesteckt werden. Das Couvert, das amtlich abgestempelt sein muß, erhält der Wähler erst im Wahllokal von einem Bevollmächtigten des Wahlvorstehers. Jedes andre Couvert ist unzulässig. Den Stimmzettel muß der Wähler aber schon von draußen mitbringen. Mit dem Couvert begibt sich der Wähler in den Nebenraum oder an den Nebentisch, wo eine Vorrichtung angebracht ist (Vorhang oder Auf-

han oder eine abgeschlossene Wahlzelle) und dort muß er seinen Zettel (aber nur einen!), gefaltet vor jeder Beobachtung, in das Couvert stecken. Dann erst kann er abstimmen, indem er das den Stimmzettel enthaltende Couvert dem Wahlvorsteher überreicht. Jede andre Art der Abstimmung ist gesetzlich verboten. Die Couverts sind vollständig unburchsichtig, so daß es von außen auf keine Weise zu bemerken ist, welcher Zettel in dem Couvert steckt.

Es hat daher jetzt kein Wähler mehr die Entschuldigung, daß er aus Furcht vor Schanden nicht socialdemokratisch wählen kann, Furchtlos kann jeder Wähler den socialdemokratischen Zettel abgeben.

Wähler, die aus irgend einem Grunde von der Wahl zurückgewiesen werden, wollen sich sofort bei dem socialdemokratischen Wahlkontrolleur melden, der die Zurückweisung notieren wird.

Stimmzettel.

Wir haben mehrfach die Beobachtung gemacht, daß Stimmzettel den Vorschriften des neuen Wahlreglements nicht entsprechen. Es ist im Gegenzug zu früher jetzt ausdrücklich vorgeschrieben, daß die Stimmzettel von mittelstarkem weißen Schreibpapier und 9x12 Centimeter groß sein müssen. Wir machen daher auf diese Neuverung noch besonders aufmerksam.

Die Konservativen im ersten Berliner Wahlkreis, die seit mehreren Wahlen schon nicht mehr in die Stichwahl gekommen sind, tragen sich mit der stolzen Hoffnung, diesmal den Kreis zu erobern. Dazu fehlt ihnen nichts weiter wie — die nötigen Stimmen und — das nötige Geld. Zwar ihren Anhängern wird es trotz ihrer geringen Anzahl nicht an Gelde fehlen, aber für Wahlzwecke haben sie keine. Ihre Wahlauschuss verbandte vor einigen Tagen ein Circular, in dem es heißt:

„Danke der Spenden zahlreicher, hochherziger Geber konnte bisher eine so lebhaft thätige Entfaltung werden, wie sie innerhalb der konservativen Partei im gleichen Wahlkreis vorher niemals stattgefunden hat.“

In vier bisher abgehaltenen, überfüllten Versammlungen, die auch von zahlreichen Anhängern anderer Parteien besucht waren, haben vortreffliche Redner gesprochen, deren Darlegungen nicht wirkungslos geblieben sind.

Nun aber sind die Geldmittel erschöpft, und doch muß das Interesse bis zum Tage der Wahl rege erhalten, es müssen noch drei oder vier Versammlungen veranstaltet und weitere Drucksachen ausgegeben werden.

Nach Lage der Verhältnisse dürfen wir einen Sieg der konservativen Partei im ersten Reichstags-Wahlkreis erhoffen und erwarten!

Dazu bedarf es aber noch reger Arbeit! Im Hinblick auf das bevorstehende Ziel, den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis durch einen konservativen Abgeordneten vertreten zu sehen, bitten um Mithilfe!

Euer Hochwohlgeboren werden daher herzlich gebeten, unsere Sache durch Zeichnung eines Geldbeitrages gütlich fördern zu wollen, da wir berechtigte Aussicht haben, in dieser Campagne zu siegen.

Hochachtungsvoll

Der Wahlauschuss im 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis

1. A.: Steinmetz.

Die Konservativen hätten es schon dazu, für den Schwiegerohn eines Herzogs einige Wahlgroschen aufzuwenden, aber sie werden sich wohl sagen, es nützt ja doch nichts; ein Konservativer wird in Berlin nie und nimmer gewählt.

Ein agrarisches Flugblatt.

Einen Haupttrick spielt das Intelligenzblatt des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“ aus. Sie veröffentlicht unter dem Titel „Sind die Getreidepreise Brotmacher?“ ein Flugblatt mit einer graphischen Darstellung, in welcher die Bewegung des Brotgetreidepreises seit 1871 der Steigerung der Löhne verschiedener Arbeiterkategorien gegenübergestellt wird. Das Flugblatt soll besonders zu den Stichwahlen verbreitet werden.

Wie immer bei derartigen rechnerischen Leistungen der Konservativen Macher geht es auch diesmal ohne allerlei kleine Nützlichkeiten nicht ab. So werden zum Beispiel nicht die Getreidepreise für ganz Preußen oder Deutschland zum Vergleich herangezogen, sondern nur die Weizenpreise für Berlin und Frankfurt, und zwar nicht getrennt für Weizen und Roggen. Außer dieser Herausziehung der für die agrarische Beweiskategorie günstigsten Zahlen sind aber auch sonst noch allerlei kleine „Korrekturen“ mit unterlaufen; so wird zum Beispiel als Durchschnittspreis für Brotgetreide in Berlin während der Jahre 1898/99 in der graphischen Tabelle ein Satz von circa 149 M. pro Tonne angegeben. In Wirklichkeit standen dagegen in diesen beiden Jahren der Roggen in Berlin auf 146,3 und 146 M., der Weizen auf 186,5 und 155,8 Mark, im Durchschnitt also beträchtlich höher, als die Darstellung zeigt. Andererseits sind z. B. bei den Jahreslöhnen der Berg- und Güttenarbeiter die Löhne für Ueberstunden und Ueberstunden mit eingerechnet und die seit dem Herinbruch der Krise eingetretenen Lohnreduktionen völlig unberücksichtigt gelassen.

Aber das ist Nebenbrot. Im ganzen kann ruhig zugegeben werden, daß während die Getreidepreise seit 1871 gesunken sind, die Löhne im allgemeinen in die Höhe gegangen sind. Was folgt daraus? Nach der Ansicht der „Deutschen Tageszeitung“, wie es scheint, daß die Getreidepreise entsprechend den Lohnsteigerungen erhöht werden müssen. Genau mit demselben Recht könnten aber auch alle andern Produzenten landwirtschaftlicher wie industrieller Waren fordern, daß ihre Preise künstlich parallel den Lohnsteigerungen gesteigert werden müssen; denn auch die Preise mancher Industriewaren sind seit 1871 gefallen. Allerdings nur ein Teil, manche Waren sind noch weit mehr gefallen als die Löhne; vor allem sind z. B. die Mietpreise in den Großstädten durchweg viel höher emporgeschwollen. Sollen, wie es in ihrer kuriosen volkswirtschaftlichen Verbobtheit die „Deutsche Tageszeitung“ verlangt, die Preise der Lebensbedürfnisse den Löhnen parallel gestaltet werden, dann müssen unbedingt alle die Preise, die seit 1871 schneller gestiegen sind, als die Löhne, auch dementsprechend reduziert werden, denn andernfalls würde die ganze Preisregulierung einfach auf eine Schmälerung der Arbeitslöhne, eine gemeine Verringerung hinauslaufen.

Indes ist diese ganze Theorie von einer Anpassung der Preise an die Löhne nichts als eine Absurdität. Schon deshalb, weil sich die Produktionsbedingungen, Kosten und Erträge seit 1871 überall verschoben und geändert haben. Auch in der Landwirtschaft. Zum Beispiel wurden in Deutschland im Jahre 1878 nur 14,4 Doppelcentner Weizen, 11,7 Doppelcentner Roggen pro Hektar geerntet, 1899 dagegen 19,1 bzw. 14,8 Doppelcentner.

Zudem aber würde eine solche Preisregelung ein festliches Aufsteigen der Arbeiterklasse hemmen, sie würde eine künstliche Zurückhaltung der Lebensführung der Arbeiter auf niedrigerer Stufe bedeuten und damit eine Verhinderung aller Kulturentwicklung.

Die freisinnige „Intelligenz“ war's also, die der im fünften Wahlkreis für den Freisinn um das Reichstagsmandat werbende Herr Zwid noch einmal, als er in einer seiner Versammlungen es als notwendig bezeichnete, daß die Freisinnigen eine ihren Leistungen entsprechende Vertretung im Reichstag erhielten — nur die Intelligenz war's und gar nichts andres. Man hat ihm nachgelacht, er habe auch auf die Steuerkraft des freisinnigen Bürgerturns hingewiesen; man hat ihm das so ausgelegt, als sei eine Verringerung des Reichstags-Wahlrechts, eine Abkürzung nach dem Besch ihm und seinen Freunden nicht unerwünscht — aber das alles ist nicht wahr. Am Montag hat der unverständliche Mann in einer Versammlung freisinniger Wähler noch einmal wiederholt, was er damals gesagt haben möchte: Nicht die gewaltthätige, rohe Faust

darfe in der Gesetzgebung den Ausschlag geben, sondern die Intelligenz des Bürgerturns.

Was man darunter zu verstehen hat, daß „die gewaltthätige rohe Faust in der Gesetzgebung den Ausschlag giebt“, das ist zwar noch immer nicht klar. Aber wir müssen den Versuch wagen, den Zwid'schen Phrasenschaum in ein verständliches und unabweisbares Deutsch zu übertragen. Nur das wollen wir festhalten, daß Herr Zwid, der Unverständliche, dies mal nicht auch auf die Steuerkraft hingewiesen, aber auch nicht ausdrücklich in Rede gestellt hat, daß er damals mit von ihr gesprochen habe. Und auch das verdient Beachtung, daß Herr Zwid mit dieser seiner neuesten Erklärung Herrn Eugen Richter, seinen „großen Führer“, als dessen „Epigonen“ er sich selber eingeschätzt hat, treulos preisgiebt. Die „Freisinnige Zeitung“ hatte in ihrem Bemühen, jener Zwid'schen Vernehmung möglichst alles im Kompromittierende zu nehmen, zuletzt noch eine ganz neue Lesart aufgebracht. Das Wort von der rohen Faust, so schrieb sie vier Wochen nach zögerlicher Entgegnung des Richter-Epigonen, habe dem Verhassten der Socialdemokraten in freisinnigen Versammlungen gegolten. Herr Zwid hat am Montag diese polizeiwidrig dumme Lüge nicht mit gemacht.

Leben dem „intelligenten“ Berliner Freisinnspießer will der freisinnige Zwid nur noch einen einzigen Nebenbühler dulden, der mitgerathen darf: das Hohenzollernhaus. In Berlin, so schloß er pathetisch seine Rede, sollen herrschen die Hohenzollern und die Berliner Intelligenz. Diese amüsante Nebeneinanderstellung hat ihren guten Grund. Die freisinnige „Intelligenz“ beklagt die Mittelstand auf die „Mittelstandskreise“, denen man bekanntlich „Amigoren“ kommen muß, wenn man Einfluß auf sie machen will. Der Freisinn greift übrigens ebenso unbedenklich auch zu den andern Agitationsmitteln, mit denen bisher nur konservative und Antifreisinnigen den Mittelstand zu locken suchten. Der freisinnige Spießscheute sich nicht, in seine gebundenen Ausführungen über die Warenhäuser die Bemerkung einzufügen, die Socialdemokratie begünstige die Entwicklung der Warenhäuser, um den Mittelstand zu vernichten! In dieser lässlichen Vellei um die Mittelstandsstimmen fügte er das Bedauern darüber, daß konservative und Antifreisinnigen durch ihren Kampf gegen den Freisinn nur zu Schrittmachern der Socialdemokratie würden. Sein „nationaler“ Konkurrent im fünften Wahlkreis, Herr Bruhn, hat offen erklärt (und die „Freis. Ztg.“ hat es damals stummgelesen registriert), er sehe die Unmöglichkeit ein, selber durchzukommen, aber er wolle helfen, der Socialdemokratie das Mandat zu entreißen. Hiernach wäre also der Antifreisinnhändler Bruhn ein „Schrittmacher“ des Freisinn — wenn nicht die socialdemokratischen Wähler des fünften Kreises dafür sorgen, daß die „Wohlthat“ des edlen Brüderpaars Zwid und Bruhn verloren ist.

Nach Zwid sprachen noch ein Malermeister Kettig und der die Versammlung leitende Stadtverordnete Cassel. Diskussion war nicht geplant, aber da man diesmal fast unter sich zu sein glaubte, wollte man zwei Diskussionsfragen, die sich gestellt, zulassen. Der erste hüllte an das an, was der freisinnige Malermeister über „socialdemokratische Verheerung der Arbeitnehmers“ gesagt hatte, und zeigte unter überraschend starkem Beifall eines beachtlichen Teiles der Versammlung an einem einzelnen Beispiel, wie freisinnige „Arbeiterfreundlichkeit“ aussieht. Als weder Cassel's Unterbrechungen, noch der Lärm der Versammlungsmehrheit den Redner aus der Fassung brachten, machte sich der Stadtverordnete Wissold von hinten an ihn heran und schob ihn von der Tribüne hinab. Die freisinnige „rohe Faust“ vertrat nicht die Intelligenz eines schlichten Arbeiters. Der ängstlich gewordene Cassel zog es nun vor, dem andern Diskussionsstüßigen gar nicht erst das Wort zu geben, und die Versammlung fand dann ein baldiges Ende.

Freisinnige Juden. In dieser Notiz in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ wird uns geschrieben: Gerade im Zusammenhang mit Ihren Mitteilungen über die „von Geburt an christliche Konfession“ des Herrn Dr. Arthur Bernstein, freisinnigen Kandidaten für Torgau-Liebenederda wird die Geschichte einer andern freisinnigen Kandidatur interessieren. Für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis war ursprünglich als Kandidat der Arzt Dr. Otto Mugdan-Berlin auszuwählen. Herr Dr. Mugdan ist ein gewandter Redner, rühriger Agitator, im Kreise wohl bekannt. — Seine Kandidatur erschien aber den maßgebenden Kreisen seiner Partei wohl namentlich aus einem andern Grunde empfehlenswert. Herr Dr. Mugdan hatte nämlich einige Jahre zuvor seine „von Geburt an jüdische Konfession“ aufgegeben und war aus nicht recht ersichtlichen Gründen zum Protestantismus übergetreten. Unter diesen Umständen glaubte man freisinnigerseits, für ihn eher als für manchen andern Kandidaten, auf die konservativ-antifreisinnige Stichwahlhilfe rechnen zu dürfen; hatte doch außerdem Herr Dr. Mugdan 1898 als freisinniger Kandidat in Spondon-Ostpreußen vor der Stichwahl erklärt, er könne seinen Wählern die Wahl des Socialdemokraten nicht empfehlen — womit der Sieg des konservativen Pans in diesem Kreise besiegelt war! Leider war die schöne Rechnung aber ohne die freisinnigen Wähler jüdischer Konfession gemacht, welche noch an ihrem Glauben festhalten, oder doch, wenn auch religiös-freigeist, doch namentlich in heutiger Zeit den Abtrünnigen keineswegs freundliche Gefühle entgegenbringen. Socialdemokraten werden ja diesen Standpunkt durchaus vertheilen. Diese jüdischen Wähler also erklärten, sie würden eher für Fischer, als für den getauften Juden stimmen — und damit war das Schicksal der Kandidatur Mugdan im zweiten Wahlkreis besiegelt. Herr Dr. Mugdan aber wurde bald darauf im Kreise Gorkig-Lauban aufgestellt, wo der bisherige Abgeordnete verzichtete, und wo man von freisinniger Seite den im Kreise eingesehnen Führer seines jüdischen Glaubens wegen nicht aufstellen wollte.

Das Bestreben der freisinnigen Volkspartei, sich mit den Antifreisinnigen im Hinblick auf die Stichwahlen gut zu stellen, dürfte übrigens auch im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis nicht ohne Einfluß auf die Kandidatenwahl gewesen sein. Seit Jahren konnte man hier von Freisinnigen, die in der Parteiverwaltung eine Rolle spielen, hören, daß bei einer demnächst eintretenden Salzung im dritten Reichstags-Wahlkreis als Kandidat aufgestellt werden würde der Stadtverordnete Leopold Rosenow, der Leiter der freisinnigen Wahlorganisation in diesem Kreise. Es hat ja sogar eine Zeitungs-korrespondenz, die allen Blättern zugeht, in einer Notiz über die Kandidatenauflistung in den Berliner Kreisen vor einigen Wochen Herrn Rosenow als freisinnigen Kandidaten im dritten Kreise aufgeführt und selbst freisinnige Zeitungen — z. B. die „Vossische“ — haben diese Notiz glatt abgedruckt. Herr Rosenow ist aber Jude, Herr Rosenow hat sich außerdem sehr lebhaft an der Agitation gegen die Warenhäuser betheiligt, — die Stimmen der antifreisinnigen Mittelstandvertreter wären ihm also nicht zugefallen, und deswegen wurde nicht Rosenow, sondern Herr Jäger als freisinniger Kandidat im dritten Kreise aufgestellt, ein Mann, der auch in freisinnigen Kreisen sich der weitgehendsten Unbekanntheit erfreute. Gerade solche Leute sind ja häufig als Stichwahl-Kandidaten die geeignetsten.

Man sieht, welche fonderbaren Wälen die freisinnige „Stichwahl-Taktik“ treibt, die man mit einem unhöflichen, aber deutlicheren Ausdruck wohl besser als „Wahlmogelei“ bezeichnen würde.

Wortflügen.

Die unerschämten Verleumdungen, mit denen unsere Parteigenossen allenthalben überschüttet werden wegen ihres Verhaltens in gegnerischen Versammlungen oder bei der Agitationsarbeit, reifen nicht ab. Täglich werden neue Lügen in die Welt gesetzt; von untreuen Nichtthätigkeiten nimmt man nicht Notiz. Wir sind heute abermals in der Lage, eine solche Verleumdung, die ärgste, die bis jetzt vorgekommen, aufzuheben. Die angebliche socialdemokratische Wortthat, die sich in dem pommerischen Dorfe Bolkow im Wahlkreis Belgard-Schivelbein zugetragen haben soll, ist ein ganz frecher Schwindel. Wir haben sofort durch unsere Vertrauensleute Ermittlungen darüber anstellen lassen und können danach heute folgenden feststellen:

Der Maurer Welle hatte in dem Dorfe Bolkow Flugblätter vertickt. Nachdem er seine Arbeit gethan, ging er mit einem Be-

launten aus dem Dorfe in den Gasthof, um ein Glas Bier zu trinken. Das Bier war nach seiner Meinung nicht sauber und als er eine Bemerkung darüber machte, geriet er mit dem Wirt in einen Wortstreit, der dazu führte, daß der Wirt, der als gewaltthätiger Mensch bekannt ist, dem Welle das Bier ins Gesicht goß und ihn vor die Brust stieß, daß er taumelte. Darauf schlug Welle in Abwehr des Angriffes mit dem Stock nach dem Wirt und traf ihn an den Kopf. Während Welle sich jetzt entfernte, lief ihm der Wirt nach, sah ihn noch einmal und dabei erhielt er abermals von dem in der Abwehr begriffenen Welle einen Stockschlag. Der Wirt hat sich zwar den Kopf verbunden, ist aber keinen Augenblick an der weiteren Ausübung seiner Thätigkeit verhindert worden. Es liegt also nichts weiter vor, wie eine gewöhnliche Prügelei, veranlaßt durch die Rohheit des Wirtes. Ein Messer ist in dem Streite nicht angewendet worden, von schweren oder gar lebensgefährlichen Verletzungen keine Spur und ebensowenig von einer Gerichtskommission, die sich an Ort und Stelle begeben hätte. Alles ist rein aus den Fingern geblieben.

Eine von der „Freisinnigen Zeitung“ jüngst gebrachte Meldung über socialdemokratischen Terrorismus in Labiau (Ostpreußen) wird von unserm Königsberger Parteiblatt als Schwindel entlarvt.

Eine Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung“ aus Harber in Hannover über angebliche Gewaltthaten socialdemokratischer Flugblattverteiler werden wir gleichfalls nachprüfen lassen.

Dem feinen Ton. Die Landratspresse hat in wunderbarer Harmonie mit Eugen Richter nachgedruckt, was die „Freisinnige Zeitung“ als Rohheiten und Schimpfereien aus den socialdemokratischen Versammlungen zu melden wußte, und was sie über den rohen Ton zu melden wußte, der in socialdemokratischen Versammlungen herrschen sollte.

Nun schreibt uns ein Parteigenosse aus einem ziemlich entlegenen Dorfe des Wahlkreises Ober-Carnum über eine Versammlung, in der ein Gutsbesitzer J. aus V., Lieutenant der Reserve, gesprochen hat. Es heißt in dem Briefe:

Schlechter wie dieser Herr die Socialdemokratie schilderte, glaube ich, kann es wohl keiner, außer Pöbel. Er gebrauchte nur immer das Wort: diese Bande; den Reichstags-Abgeordneten Bedel beschimpfte er als Quabengel.

Vielleicht bringt die Landratspresse diese höheren „Salontons“ zur Kenntniss ihrer Leser.

Der gehorsame freisinnige Stallburche.

Wir müssen heute die Konservativen um Entschuldigung bitten: wir haben ihnen gestern einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie sich über den schlichten Mann aus dem Stalle lustig machten, der im Kreise Kuppin-Templin für die freisinnige Volkspartei kandidiert. Heute geht uns ein freisinniges Flugblatt aus dem Kreise zu, auf welches sich das gestern erwähnte konservativ bezieht und danach müssen wir allerdings sagen: hier ist der ärgste Spott berechtigt. Das ganze Flugblatt ist dem Nachweise gewidmet, daß der freisinnige Reichstagskandidat ein brauchbarer Mann und ein gehorsamer Stallburche war. Herr Postel hat sich an den Offizier, in dessen Coladron er gedient hat, gewendet mit dem Ersuchen, ihm, da er jetzt freisinniger Reichstagskandidat sei, zu beschwören, daß er seiner Zeit ein braver „Kerl“ war. Der Offizier, jetziger Oberstleutnant v. Loebenstein, war freundlich genug, dem freisinnigen Politiker den gewünschten Befähigungsnachweis zu geben und nun haben die Freisinnigen ein Argument im Kampfe um ein Reichstags-Mandat, das an Originalität wie an Freisinnigkeit gewiß nichts zu wünschen übrig läßt. Sie lassen einfach die Stallburchezeugnisse ihres Kandidaten bruden und vertheilen sie als Flugblatt. Das Zeugnis lautet:

„Der Gutsbesitzer Herr C. H. Postel, welcher vom 1. Oktober 1892 bis zum 20. September 1896 bei der 3. Eskadron I. Garde-Manneregiments gedient hat, deren Chef ich seiner Zeit war, hat sich während seiner Dienstzeit sehr gut geführt.“

Da der im Jahre 1893 mit von meinem Wachmeister empfohlene Burche sich als unbrauchbar für diesen Posten erwies und mir viel daran gelegen war, einen besonders zuverlässigen Mann in meinem Stall zu haben, so suchte ich mir selbst den damaligen Mann Postel aus, obgleich derselbe für den praktischen Dienst sehr befähigt war.“

Ich hatte mich in ihn nicht getaucht, denn er war stets zuverlässig, fleißig und gehorsam und ich hatte nie Veranlassung, ihn zu tadeln. Infolgedessen wurde er im Jahre 1894 zum Gezeiten ernannt. Als er zur Reserve übertrat, bedauerte ich sehr, diesen guten Burchen zu verlieren und ich erinnere mich noch der Worte, die ich ihm beim Abschied sagte: „Postel, es thut mir sehr leid, daß Sie fortgehen, einen so guten Burchen habe ich nie gehabt.“ (Auch in dem Flugblatt ist gedruckt. Red. d. V.)

In meiner großen Freude ersehe ich, daß er eine angesehene Stellung im Leben erreicht hat und wünsche ihm auch für seine fernere Zukunft alles Gute.

Berlin 10. 5. 1903.

v. Loebenstein,

Oberstleutnant.

Mit der Verbreitung dieses Zeugnisses als Wahlempfehlung für ihren Kandidaten hat die freisinnige Volkspartei einen Agitationserfolg aufgestellt, der schätzlich geschlagen werden dürfte. Kann es eine wirksamere Empfehlung für einen freisinnigen Reichstagskandidaten geben, als wie die Thatfache, daß er ein fleißiger und gehorsamer Stallburche gewesen ist?

Selbstverständlich ist es in unsern Augen kein Mangel, daß ein Reichstagskandidat einmal Diener oder — vielleicht nur kommandierter — Offiziersburche gewesen ist und diesen Dienst pfeifertreu erfüllt hat. Ein Offiziersburche, wenn er sonst ein ehrenwerter Mensch ist, gilt uns ebenso achtsam wie jeder ehrliche Arbeiter, und einen Reichstagskandidaten beurteilen wir nur nach den für dieses Amt erforderlichen Eigenschaften. Gehorsam ist aber doch gerade eine Eigenschaft, die wir an einem Reichstagskandidaten sehr gern vermiffen würden. Die Eigenschaften und Klünste eines Stallburchen sind wohl nicht erforderlich für die Ausübung eines Reichstagsmandats. Jedoch, wir wollen den Freisinnigen natürlich auch nicht vorkreihen, womit sie ihre Kandidaten empfehlen sollen; es kann ja immerhin sein, daß Herr Eugen Richter mit Geld aus den so trefflich empfohlenen Parteigenossen blüht. Mit solchen Empfehlungen kann Herr Richter wohl nicht aufwarten. Sollte sich indes die neue freisinnige Agitationsmethode als erfolgreich erweisen, so ist es ja wohl den andern Freisinnlandkandidaten möglich, das nachzuholen. Es werden sich gewiß etliche Mittelmeister oder Lieutenants finden, die bereit sind, den Herren Gelegenheiten zur Erwerbung eines Zeugnisses als gehorsamer Stallburche geben. Wie schön, wenn alle diese Zeugnisse in den freisinnigen Flugblättern im ganzen Reiche erscheinen und dann die Wiffenarten lauten:

Eugen Richter.

M. d. V.

gehorsamer Stallburche a. D.

Katholische Industrielle gegen Centrumsagrarier.

Im Wahlkreise des Herlitzaner Rollwuhersführers Gerold geht es. Der Wahlkreis Rhans-Steinfurt-Leddenburg, in dem Gerold aufgestellt wurde, ist industriell entwickelt. Die Industrie füllt ihre Interressen durch den Centrumsagrarier verleiht. In einer Versammlung zu Wurgelsteinfurt kam diese Stimmung zu lebhaftem Ausdruck. Es waren dort 120-140 Fabrikanten, Kaufleute und Gewerbetreibende versammelt, um gegen die Kandidatur Gerold's zu protestieren.

Der Kandidat **Jaasen** beschwerte sich darüber, daß der Kreis mit der Kandidatur übermüht worden sei. Die Vertrauensmänner des Kreiswahlkomitees, welche die Kandidatur Herold aufgestellt haben, hätten sich eines zweifachen Verstoßes gegen das von der westfälischen Centrumspartei als maßgebend proklamierte Kreiswahlstatut schuldig gemacht.

Fabrikant Lötzen aus **Ybdenbüren**: Ein großer Teil der Industriellen, Kaufleute und Handwerker in **Ybdenbüren** verlangt einen andren Kandidaten.

Für **Emsdetten** giebt **Fabrikant Schaub** dieselbe Erklärung ab; ein Gleiches wird von **Vorghorst** behauptet.

Für **Stadtlöh** versichern die Fabrikanten **Wedding** und **Cohaus**, daß die ganze Bürgererschaft für Aufstellung eines andren Kandidaten sei.

Magistrats-Assessor Syndikus Gaerten-Rünster: Im Reichstags-Wahlkreise **Haus-Steinfurt-Leddenburg** gebe es eine stark entwickelte Industrie, welche ebenso wie die Kaufleute der Gegend stets treu und tapfer zum Centrum gehalten habe, wie das in dem Maße kaum anderswo der Fall sei. Unter diesen Umständen hätte Handel und Industrie hier selbst wohl eine größere Berücksichtigung verdient. Herold sei zwar kein krasser Agrarier, aber er sei eben Realpolitiker, der für seinen Stand nehme, was er nur eben herauszuschlagen könne. Das habe sein Verhalten beim Polltarif klarlich gezeigt.

Inzwischen erscheint Herr Herold draußen an der Thür und erklärt seine Bereitwilligkeit, die „Missverständnisse“ aufzuklären. Die Versammlung aber antwortet, man kenne Herolds Anschauungen und habe kein Bedürfnis nach seinen Aufklärungen.

Es wird dann der Kaufmann **Wilhelm Sträter** als Gegenkandidat aufgestellt.

Der Wahlkreis war von 1871 bis 1898 ununterbrochen im Besitze des verstorbenen Freiherrn von **Heereman**, der 1898 mit 14311 Stimmen gegen 67 socialdemokratische, 865 antisemitische, 196 konserbative und 47 volksparteiliche Stimmen siegte. Der innere Zwist bedeutet somit keineswegs einen Verlust des Wahlkreises, der einer der sichersten Centrumsdomeänen ist.

Der abweisende Amtsvorsteher. In unserer Nummer vom 26. Mai brachten wir die Mitteilung, daß in Heegermühle (Kreis Ober-Barinim) nicht die Genehmigung zu einer Versammlung, die unter freiem Himmel stattfinden sollte, erlangt werden konnte, weil der Herr Amtsvorsteher nicht auffindbar war. Unsere Parteigenossen haben Versehen beim Landrat geführt und darauf den Bescheid erhalten:

Ihr Antrag vom 20. Mai ist dem Herrn Amtsvorsteher erst am 25. desselben Monats zugegangen, weil er unter „Eingeführten“ befördert wurde und der Postbote den Adressaten am 22., 23. und 24. Mai nicht getroffen hatte. Danach war es unmöglich, Ihnen für den 24. Mai noch eine Anmeldebefreiung oder Genehmigung zu erteilen.

Nun war aber das Schreiben gar nicht an den Herrn Amtsvorsteher, sondern an das Amt Heegermühle gerichtet, es müßte also auch vom Vertreter des Amtsvorstehers in Empfang genommen werden können. Auch war unser Parteigenosse, der die Genehmigung nachsuchen wollte, wiederholt persönlich nach dem Amtsbureau, fand daselbe aber immer geschlossen. Da der Herr Landrat nicht eingegriffen hat, werden sich unsere Genossen an den Regierungspräsidenten wenden.

Die Geheimnisse der nationalliberalen Wahlagitation. Gleich dem Grafen **Oriola** hat jetzt auch der nationalliberale Kommerzienrat **Wartling** in **Wesbaden** in einer Versammlung in Reußhof den Inhalt der nationalliberalen Wahlschrift verlesen. Er bezeichnete unsere Citate aus dieser Schrift über die Wirlungen des neuen Polltarifs als Ärgernisse und sagte: „Ich selbst bin Mitglied des nationalliberalen Parteivorstandes, ich müßte etwas davon wissen. Ich wiederhole aber, daß an der Behauptung des „Vorwärts“ kein wahres Wort ist.“

Wir haben die Stelle, die sich in der vom Centralbureau der nationalliberalen Partei in **Berlin** herausgegebenen Broschüre „Wahlkampf“ findet, erst in unserer gestrigen Nummer wieder wörtlich citiert. Daß Herr **Wartling** als Mitglied des nationalliberalen Parteivorstandes von der Schrift keine Kenntnis hat, erklärt sich vielleicht so, daß er nicht Abonnent der Druckfachen dieses Bureaus ist. Das nationalliberale Centralbureau ist nämlich gar nicht beabsichtigt, daß seine Wahlschriften in die Öffentlichkeit kommen. Als uns der heftigste Genosse, dem gegenüber Graf **Oriola** unsere Citate bestritten hatte, um Beschaffung eines Exemplars der Schrift ersuchte, schickten wir unseren Voten nach dem Bureau, um eine solche Schrift zu kaufen. Sie wurde ihm jedoch verweigert mit der charakteristischen Frage: „Sie sind wohl Socialdemokrat?“ Einem unserer Redakteure, der darauf an andren Tage den Versuch machte, die geheimnisvolle Schrift zu kaufen, wurde erst geantwortet, daß sie nur für die Abonnenten der Druckfachen des Centralbureaus bestimmt sei; schließlich bekam er jedoch ein Exemplar, da man in ihm keinen Socialdemokraten vermutete. Wir konnten also dem heftigsten Genossen noch dienen und dieser hat hoffentlich schon Gelegenheit gefunden, den Grafen **Oriola** über den Inhalt der Schriften seiner Partei zu belehren. Dagegen können wir unter den angebotenen Umständen dem Wunsch unserer frankfurter Genossen, auch ihnen ein Exemplar der Schrift zur Belehrung des nationalliberalen Parteivorstandes **Wartling** senden, nicht dienen. Wir besitzen nur noch ein einziges Exemplar der leitbaren Broschüre und das brauchen wir selber. Wir können deshalb allen Genossen, die in die Lage kommen, nationalliberale Pflücker auf den Inhalt ihrer Wahlschriften aufmerksam machen zu müssen nur raten, ihnen eine Anfrage bei dem Centralbureau der nationalliberalen Partei in **Berlin**, **Deffauerstraße**, anzuschreiben. Und den Herren von der nationalliberalen Partei raten wir dringend, mit dem Vorwurf der Lüge gegen uns vorzichtiger zu sein und vor allem erst einmal Abonnenten ihrer eignen Parteidruckfachen zu werden.

Der „Judische“ Nominen. In **Niemberg** wurde der volksparteiliche agitierende Redakteur **Schärr** durch die gestern von uns erwähnte Neuerung **Nominen** in die Enge getrieben.

Herr **Schärr** aber wußte sich zu helfen, er erklärte schlankweg, **Nominen** sei ein kindlich geordneter Kreis — als welcher er aber immer noch mehr Verstand besitzt, als die volksparteilichen Führer zusammen genommen jemals besitzen haben.

Es ist bemerkenswert, wie sich die Volkspartei instinktiv vor allem wirklichen Liberalismus schimpfend flüchten.

Die Demokraten in Röhhausen i. G. haben beschlossen, für unsern Kandidaten **Emmel** zu stimmen. In einer Resolution bezeichnen sie das Programm **Schlumbergers** als so unbestimmt und denkbar, daß es überhaupt kein liberales Programm mehr genannt werden könne.

Das Automobil im Dienste der Wahlagitation. Unsere ostpreussischen Genossen sind wahrhaft fortschrittlich; ausgerüstet mit einem trefflichen Automobil, das gut beladen ist mit Flugschriften und Stimmzetteln, arbeiten sie jetzt in den am schwersten zugänglichen Landkreisen der Provinz, die ruhende Reaktion so mit dem allermodernsten Verkehrsmittel bekämpfend.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Juni.

Der bischöfliche Wahlaufzug

ist das letzte Glied einer kirchlichen Kampagne in **Oberschlesien**, die beispiellos ist. Schon bisher wurden, so wird uns aus **Oberschlesien** geschrieben, fast sämtliche ober-schlesische Kirchen Sonntag für Sonntag für politische Hefpredigten gegen Socialisten und Radikalpolen mißbraucht. Gegen das polnische Parteiblatt „**Gazeta Robotnicza**“ und den radikalpolnischen „**Gornosolaz**“ wurden Donner und Bliz ge-

schleudert. Der Erfolg war allerdings negativ. Immer größer wurde die Empörung aller denkenden Arbeiter gegen die politisierende Geistlichkeit. Ueberall machte sich die Empörung Luft, am lauteften in den Wahlversammlungen, die von Geistlichen für Centrumswähler“ veranstaltet wurden und bei denen eine Diskussion niemals zugelassen wurde. Es war interessant, als in **Chorzow**, einem Arbeiterdorf im Kreise **Rattowitz**, die Arbeiter die Geistlichen, welche als Vorsitzende und Redner fungierten, mit stürmischen, nicht endenwollenden Zurufen überschütteten: „In die Kirche mit Euch! Auf die Kanzel! Da gehört Ihr hin! Hier habt Ihr nichts zu suchen! Weg von der Politik! Nieder mit dem Centrum!“ Nun hat Kopp selbst seinen Jüngern unter die Arme gegriffen.

Am Sonntag wurde in sämtlichen Kirchen **Oberschlesiens** von der Kanzel herab jene Epistel Kopp's vorgelesen, nach welcher ein jeder aus der katholischen Kirche ausgeschlossen wird, der die „**Gazeta Robotnicza**“ oder den „**Gornosolaz**“ liest, verbreitet oder unterstützt. In der Kirche zu **Boguszy** wurde daraufhin ein allgemeines Gemurmel und Hasten der Kirchenbesucher laut. Als der Geistliche noch die Erklärung hinzufügte, daß jedem Leser, Verbreiter und Unterstützer der „**Gazeta Robotnicza**“ oder des „**Gornosolaz**“ jede kirchliche Handlung, insbesondere auch die Beerdigung auf dem katholischen Friedhofe versagt werden würde — da wurde in der ganzen Kirche laut gemurmelt, sogar geflücht.

In einer **Rattowitz** Kirche ging ein großer Teil der Kirchgänger heraus, ehe die Epistel zu Ende verlesen wurde.

Der Wahlkampf wird im ober-schlesischen Industriegebiet mit einer außerordentlichen Heftigkeit geführt. Die Geistlichen veranstalten an den Sonntagen massenhaft kleine Wahlversammlungen, zu denen sie die Leute einfach aus der Kirche mitnehmen.

Die „**Germania**“ will es nicht wahr haben, daß die Epistel Kopp's ein Wahlaufzug sei. Sie meint, unsere Haltung beweise, daß „der Hieb“, den Herr Kopp gegen die socialdemokratische Presse geführt habe, „gesehen“ habe. Herr Kopp hat gegen die Socialdemokratie nichts weiter vorgebracht als den jämmerlichen Schwindel, der in allen Kaplanflugblättern seit Jahren vorgebracht wird. Auch Herr Kopp, ein so großer Zuchtmeister er im Reiche der katholischen Kirche ist, wird nicht mit einer einzigen Thatfache die Lüge beweisen können, daß die Socialdemokratie „die Anechtung der Religion und die Unterdrückung ihrer Einrichtungen bejubele und billige“. Vielmehr ist bisher die Socialdemokratie für jede religiöse Freiheit eingetreten, wie sie auch das Ausnahmegericht gegen die Jesuiten stets belämpft hat. Herr Kopp ist also, obwohl er Kardinal Fürstbischof und obendrein voll christlicher Nächstenliebe ist, nicht fähig, über die Socialdemokratie etwas andres als Verleumdungen zu verbreiten.

Aber der „Hieb“ ist schon deshalb nicht, weil der Hirtenbrief in erster Linie gar nicht gegen uns, sondern gegen so gute Katholiken wie die Nationalpolen gerichtet ist. Es ist nichts wie ein tüftelnder parteipolitischer Konkurrenzkampf, in dem das Centrum nun seine wichtigste Waffe, die religiöse Seelenfalter, und sein größtes Pfist, den Fürstbischof Kopp benutz. Die „**Germania**“ beschäftigt sich, ein Beweis, daß auch ihr die Sache unbehaglich ist, ausschließlich mit den paar Sätzen gegen die Socialdemokratie, nicht aber mit dem Hauptinhalt, den gefalteten Beschimpfungen der nationalpolnischen Konkurrenz.

Für **Flug** halten wir die Aktion des Herrn Kopp nicht; so besinnungslos regierungstreu muß ein kirchlicher Würdenträger nicht werden, daß er im Eifer die frömmsten Anhänger tödlich verlegt. Im übrigen beweist der Hirtenbrief, daß das Centrum die Partei des organisierten Terrorismus ist, die mit religiösen Schreckmitteln um politischer Zwecke willen die Seelen erschreckend bedroht nicht anders wie ein Strolch mit dem Messer die Leiber. So handelt es sich in der That um eine Wahlbeeinflussung schändlichster Art.

Die Internationale der Chemie.

Nach achtägigen Verhandlungen ist der **Chemiker-Kongreß** beendet. Sein Verlauf kann in jeder Beziehung glänzend bezeichnet werden. Bei der gewaltigen Beteiligung von 3000 Mitgliedern, bei dem massenhaften Arbeitsstoff, der in über 400 Vorträgen erörtert wurde, war diese Veranstaltung wohl dazu angethan, ein umfassendes Bild von dem gegenwärtigen Stande der praktischen Chemie zu gewähren. Der praktischen Chemie — als ob es eine nicht praktische Chemie gäbe. Hier stehen Wissenschaft und Leben in innigstem Zusammenhang und Wechselverkehr: das ist eine der Lehren, die wir von diesem Kongreß empfangen.

Hierher gehört auch die von einer Abteilung angenommene Erklärung, daß weitestgehende Arbeiterfürsorge sittliche und wirtschaftliche Pflicht der Arbeitgeber sei. Diese spät gewonnene Erleuchtung, von der wir wünschten, daß sie auch allenhalben behältigt würde, begrüßen wir, wenn sie auch im Grunde doch mehr aus der Erkenntnis der wahren wirtschaftlichen Vorteile geboren wurde.

Nicht alles, vielleicht nur einzelnes, was geboten wurde, dürfte für die weiteren Fortschritte von Belang sein; vieles wird eine kritische Prüfung in der Praxis nicht bestehen. Auch in der chemischen Forschung und Praxis sind die Gesetze von Wettbewerb, Kampf und Auslese wirksam.

Ueberraschend fund von größter Bedeutung zeigte sich der elektrische Aufschwung, den das jüngste Kind der Chemie, die **Elektrochemie**, in letzter Zeit genommen. Sie, die bis vor kurzem nur zur Trennung von Stoffen, zur Gewinnung festener Elemente allerdings wertvolle Dienste geleistet, ist nun auch erfolgreich zur Darstellung chemischer Verbindungen selbst organischer Art herangezogen worden. Die mit dem elektrischen Ofen ermöglichte Fabrikation der Carbide, des Ziegels, die Ruhbarmachung des Luftstickstoffs — das sind Errungenschaften von gar nicht abzusehender Tragweite.

Und eine andre Erscheinung noch können wir nicht unbeachtet lassen: es ist der glücklich durchgeführte internationale Charakter dieses Kongresses. Das zeigte sich schon äußerlich in der Aufnahme und Behandlung, die den Fremden bei jeder Gelegenheit zu teil wurde. Besonders wurden die Franzosen geehrt. Hat doch gar, als beim Empfang der Kongreßteilnehmer in unserm Rathaus von der **Russ** die Nationalmelodie gespielt wurden, die ganze Versammlung sich hinreißend lassen, die **Marseillaise** mitzusingen. (Im Rathaus der Residenzstadt **Berlin** — heiliger Kirchner!)

Die zahlreichen, auf internationale Verständigung abzielenden Beschlüsse betreffs einheitlicher amtlicher Vorschriften und Normen für chemische Analyse, Arznei- und Nahrungsmittelkunde, Hygiene, Patentrecht, Unfallversicherung und vor allem Arbeiterschutz — sie sind erfreuliche Zeugnisse einer unaufhaltsam fortschreitenden Entwicklung.

Deutsches Reich.

Die ministerielle **Zahal- und Biersteuer-Konferenz**, die von einigen Blättern angekündigt wurde, wird von **Schwobing** ins Reich der Wahlanwender verwiesen. An maßgebenden Stellen sei über eine solche demnächstige Finanzminister-Konferenz nichts bekannt.

Der **Lon** des **Dementis** liegt sehr auf dem „bennächtigt“. Sicher ist, daß der **Zahal** und das **Bier** bluten muß, wenn die **Wähler** nicht einen Reichstag zusammenbringen, der endlich den Weg einer direkten Steuererhebung bespreitet.

Zur **militärischen Wahlrechtsberatung** gehen uns fortgesetzt entriehene Briefe von Männern zu, die es empört, daß ihnen die Militärbehörde das Recht nimmt, einmal in fünf Jahren direkten Einfluß auf die Besetzung auszuüben. Einer dieser Reservisten, der am 19. Juni — also für die Stichwahlen — zu einer 14tägigen **Übung** einrücken muß, schreibt uns:

Selbstverständlich wird jeder geistig nicht ganz zurückgebliebene wohlberedigte Mann, sofern es ihm möglich ist, seine Schuldigkeit thun bei der Hauptwahl, jedoch kann bei einer eventuellen Stichwahl dieselbe zu Ungunsten derjenigen Partei ausfallen, für welche sie im andren Fall zu Gunsten ausgefallen wäre. Gegen solche Zustände muß ganz entschieden Protest erhoben werden, denn sie sind jeder Berechtigte ins Gesicht schlagend und daher unhalbar.

Auch für den 24. Juni sind in **Berlin** neuerdings Bestellungen-befehle ergangen.

Das Verhalten der Militärbehörde steht im stärksten Gegensatz zu der ministeriellen Anweisung, den Beamten die Ausübung des Wahlrechts an den Stichwahlen zu erleichtern. Offenbar will man auf die Beamten einen sanftern Druck ausüben, „gutgemeint“ zu wählen. Dagegen entzieht man Arbeitern ihr einziges Recht.

Der preussische Knabenkrieg. Der Geheimbündnisprozess gegen die 24 polnischen Gymnasialisten, der in **Gnesen** verhandelt wird, beweist nur, daß die preussische Palastpolitik keinen Sinn für's Pädagogische und kein Gefühl für Dummheiten hat. Eines von den vorgeführten Schriftstücken enthält die fürchterliche Aufforderung an die Kollegen, sich mit polnischer Literatur und Geschichte zu beschäftigen, um sich für die Aktion vorzubereiten.

Ein Zeuge verweigert die Auskunft, auch nachdem ihm mit dem **Strangbrevier** gedroht wird; das Gericht beruhigt sich schließlich bei der Nicht-Aussage. Kein Zeuge weiß irgend etwas Belastendes zu berichten.

Als Zeuge und Sachverständiger fungiert ein Kriminalkommissar, der ein Verbrechen darin sieht, daß die Gymnasialisten polnische Blätter abonnierten und der so sachverständig in polnischen Dingen ist, daß er nicht einmal die bekanntesten polnischen Dichter und Romanschichtsteller kennt.

Auch dem Staatsanwalt war nicht recht wohl bei der Sache. Er beantragte Strafen von 1 Tag bis 2 Monate Gefängnis, gegen die Mehrzahl nur ein paar Tage.

Das Urteil lautete: Die beiden Vorsteher der Verbindung **Schwemin** und **Powidzi** erhielten 6 Wochen Gefängnis, **Kilewski** 3 Wochen, ebenso **Mzeszyczy**; ferner wurden 3 Angeklagte zu einer Woche, einer zu 5 Tagen, 5 zu 3 Tagen, 1 zu 2 Tagen, 2 zu 1 Tag Gefängnis verurteilt. Drei erhielten einen Verweis, 5 wurden freigesprochen.

Die Arbeiterfreundlichkeit der Centrumpresse in der Wirklichkeit. In dem rheinischen Orte **Wedburg** stehen die übrigens ausschließlich im christlichen Regilarbeiter-Verband organisierten **Wollweber** im Streit. Die Ursache sind **Lohnunterschiede**. In der **Wedburger Textil-Industrie** stehen die Löhne noch 25 Proz. tiefer als diejenigen der gleichen Qualitäten in den wegen ihrer Hungerlöhne bekannten **Kahener Lohnweberien**. Die **Direktion der Wedburger Wollindustrie** hat nun eine Aufstellung der Löhne veröffentlicht, die von der Centrumpresse bereitwillig aufgenommen wurde. Anders aber, als die Arbeiter eine Gegenerklärung veröffentlicht haben wollten, worin gezeigt werden sollte, nach der die Angaben der **Direktion** nicht der Wirklichkeit entsprechen. Sowohl das „**Bergheimer Kreisblatt**“ als das **Wedburger Centrumsblatt**, der „**Erstbote**“, lehnten die Aufnahme der Antwort ab. Der **Verleger des Centrumsblattes** sagte den Arbeitern geradeheraus: er müsse mit denjenigen Leuten gehen, von denen er etwas habe.

In **Kachen** ist die Centrumpresse demart gewerkschafts- und arbeiterfeindlich, daß öffentliche Versammlungen dagegen Stellung nehmen. Fortwährend fallen das „**Echo**“ und der „**Vollstreund**“ den Arbeitern bei den in **Kachen** wegen der dortigen miserablen Löhne so zahlreichen Ausständen durch die Aufnahme von **Streikbrechergesuchen** in den Rücken; so dieser Tage noch, obwohl die **Ordnungsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes** die Blätter schriftlich ersucht hatten, keine **Streikbrecher-Antworten** für die **Firma Wäsche n. Nadus** zu veröffentlichen. Bei dem Streit in der **Kahener Stahlwarenfabrik** hat die **Redaktion des „Echo der Gegenwart“**, des ältesten **Kahener Centrumsblattes**, wohl eine Erklärung der **Firma**, nicht aber die Antwort der Arbeiter aufgenommen. Eine von 600 Personen besuchte öffentliche **Metallarbeiter-Versammlung**, worin auch die katholischen Arbeiter zahlreich vertreten waren, nahm einstimmig eine Resolution an, worin dem Centrumsblatt gesagt wird, daß es „trotz seines christlichen Charakters nur die Interessen der Kapitalisten vertritt“. Die **Versammlung beschloß**, die **Wirtschaften** nicht zu besuchen, wo das „**Echo der Gegenwart**“ aufliegt. Eine andre, ebenfalls von 300 Arbeitern der verschiedenen Richtungen besuchte **Metallarbeiter-Versammlung** nahm gegen drei Stimmen eine Resolution an, worin der „**Vollstreund**“, das am meisten verbreitete **Kahener Centrumsblatt**, wegen der **Arbeitsbrecher-Antworten** der **Kahener Stahlwaren-Fabrik** aufnahm, aufs schärfste verurteilt wird. Die **Versammlung bestritt**, entschieden, daß der „**Vollstreund**“ jemals die Interessen der Arbeiter vertreten habe.

Die Strafbarkeit der Androhung von Kirchenstrafen wird, wie die **„Straßb. Post“** erinnert, durch das **badische Landesgesetz** vom 9. Oktober 1880 festgestellt:

Der § 16b lautet: „Geistliche, welche Straf- oder Zuchtmittel verhängen oder verhängen, geistliche Verprechungen oder Drohungen anwenden: a . . . b um die Ausübung oder Nichtausübung öffentlicher Wahl- und Stimmrechte in bestimmter Richtung herbeizuführen, werden mit Geldstrafen von 60—600 M., in schweren und in wiederholten Fällen mit Geldstrafen bis zu 1500 M. oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Gleiche Strafen treffen Geistliche, welche kirchliche Straf- oder Zuchtmittel verhängen oder verhängen . . . wegen der in einer bestimmten Richtung erfolgten Ausübung oder Nichtausübung öffentlicher Wahl- oder Stimmrechte.“ Dazu tritt noch § 16c, der bestimmt: „Geistliche, welche aus Anlaß öffentlicher Wahlen ihre kirchliche Autorität anwenden, um auf die Wahlberechtigten in einer bestimmten Parteirichtung einzuwirken, werden an Geld von 60—600 M. bestraft.“

Bei der bevorstehenden Revision des deutschen Strafgesetzbuchs wird der **Hirtenbrief** des **Bischofs Kopp** vielleicht Anlaß geben, die Ausübung des Wahlrechts gegen den Willen der Kirche sicher zu stellen.

Ausland.

Frankreich.

Loubets Reise nach **England**. Die Versuche der englischen Diplomatie, Frankreich zu verführen, um der russischen Politik in Ostasien die bisherige Unterstützung Frankreichs zu entziehen, stehen bei der französischen Regierung auf Entgegenkommen. Nachdem schon kürzlich berichtet wurde, daß **Loubet** beabsichtige, in wenigen Wochen dem **König Eduard** einen Gegenbesuch in **England** zu machen, erfährt jetzt die „**Neuerliche Agentur**“, der **Präsident** der französischen Republik werde wahrscheinlich bereits am 6. Juli die **Uebereinfahrt nach Dover** oder **Follestone** antreten und am Nachmittag des genannten Tages in **London** eintreffen. Voraussichtlich werde den französischen **Präsidenten** ein französisches **Geschwader** begleiten und ein **englisches Geschwader** empfangen. **König Eduard** werde seinen **Gast** persönlich am **Dampfer** in **London** empfangen. Der **Präsident** wird während seines dreitägigen Aufenthalts in der **französischen Botschaft** wohnen. Sollte der **Präsident**, wie man erwartet, die **City** besuchen, so werde er dort feierlich empfangen werden. Man spricht auch von einer **Flottenparade** in **Spithead**. Finde eine solche Parade statt, so würde der **Präsident** über **Portsmouth** nach **Frankreich** zurückkehren.

Zum Verleumdungsfeldzug gegen Pelletan. Die im Marineministerium über den angeblichen Brief Parahres geführte Untersuchung hat festgestellt, daß kein Beamter des Ministeriums diesen Brief zu Gesicht bekommen oder seinen Umschlag mit dem Vermerk, daß er dem Minister zu übergeben sei, versehen hat. Es heißt, daß Minister Pelletan mit dem Justizminister Vallé eine Unterredung über eine etwaige gerichtliche Verfolgung der Angelegenheit gehabt hat.

Markeise, 8. Juni. Der Nationalverband der Seeleute hat an die Bevölkerung einen Protest gerichtet gegen den Mangel an Sicherheit auf den Handelschiffen. Darin wird der Unglücksfall der „Sibou“ auf die unzureichende Besatzung und den schadhafte Zustand der Boote und Rettungseinrichtungen zurückgeführt und verlangt, daß Schiffe von solcher Beschaffenheit zwangsweise verhindert werden, in See zu gehen. Der Stadtrat beschloß, die Verurteilung der Ertrunkenen, deren Leichen nicht von ihren Angehörigen beansprucht werden, auf Kosten der Stadt vorzunehmen, und bewilligte 5000 Fr. zur ersten Hilfeleistung.

Italien.

Die römischen Sozialisten und der Jarenbesuch. Die sozialistische Union von Rom hat dieser Tage Stellung zu dem geplanten Jarenbesuch in Italien genommen; nach lebhafter Diskussion gelangte eine Resolution zur Annahme, in der es heißt: „Die römisch-sozialistische Union“ spendet der äußersten Linken der Kammer und speziell dem Abgeordneten Morgari, der mit seiner Erklärung bezüglich des Besuchs des russischen Jaren die Empfindungen des gesamten italienischen Proletariats auf das exaltierteste interpretiert hat, lebhaften Beifall. Die Union protestiert gegen die Regierung, die keine Rücksicht auf die Stimmungen des Volkes genommen hat, und setzt in ihr Komitee das Vertrauen, daß es eine lebhafteste Agitation entfaltet, damit sich die Bevölkerung von ganz Italien dem Protest gegen den Besuch des russischen Autokraten anschließt.“ — Das Komitee der Partei hat beschlossen, diesem Wunsch nachzukommen, und ist sofort ans Werk gegangen.

Prozess Todeschini. Rom, den 7. Juni. (Fig. Ber.) Das Urteil in dem Prozess gegen den sozialistischen Abgeordneten Todeschini ist gestern in Brescia gefällt worden. Das Appellationsgericht verurteilte den Genossen Todeschini wegen Verleumdung und Beleidigung zu 10 Monaten 20 Tagen Gefängnis, 1000 Lire Buße und zur Tragung der Kosten für alle Vorinstanzen. Das Urteil der ersten Instanz — in der auf zwei Jahre Gefängnis erkannt wurde — wird bestätigt, doch die erschwerenden Umstände der „fortgeführten Verleumdung“ nicht angenommen. Daher die Strafreduktion. Solange nicht die Parlementsession geschlossen ist, kann Todeschini als Mitglied der Kammer nicht verhaftet werden. Der Prozess geht natürlich an die dritte Instanz. Auch erklärte Todeschini, seine Campaigne gegen die Mörder der Camiti fortsetzen zu wollen.

England.

Aus der großen Debatte über die Chamberlainsche Zollpolitik. Die für heute im englischen Unterhause erwartete Debatte, ist nicht geworden. Bei dichtgedrängtem Hause stellte Hids-Beach bezüglich der Besprechung der Vorzugszölle die Anfrage an den Sprecher, ob eine Besprechung der vom Kolonialminister Chamberlain vorgeschlagenen Zollpolitik bei dem Änderungsantrage Chaplins zum Finanzgesetz-Entwurf oder bei dem Besetzungsantrage selber stattfinden solle. Der Sprecher erwidert, er habe die Angelegenheit sorgfältig erwogen und sei der Ansicht, daß die Frage der Vorzugszölle nicht zu dem Finanzgesetz-Entwurf gehöre; daher sei die Besprechung dieser Frage bei dem Besetzungsantrage unzulässig. Nach der Geschäftsordnung für den Sprecher müsse die Besprechung bei dem Änderungsantrage Chaplins einzig und allein auf die Kornzölle beschränkt werden.

Afrika.

Die Beschießung von Zigu. Die aus Algier gemeldet wird, hat die Beschießung der Ortschaft Zigu in der Oase von Zigu begonnen. Dabei waren drei Bataillone der Fremdenlegion, drei Escadrons Kavallerie, im ganzen 3500 Mann mit 10 Kanonen tätig. Mit Tagesanbruch verließen sie Beni-Ulif. Die Artillerie schwenkte gegen ein kleines Plateau ab, wie zu einer Paradeübung auf 1200 Meter Entfernung von den ersten Wällen von Zigu. Um 5 Uhr 10 Minuten ließ General O'Connor das Feuer mit Reilmittelschüssen auf die Wälle eröffnen, um eine Breche zu legen. Als die Mauer gefallen war, wurde das Feuer auf die Niederlassungen im Innern der Umwallung gerichtet. Die Wirkung war verheerend; die Granaten, die im Innern der Niederlassungen platzen, sprengten alles in die Luft. Es wurden dann noch auf großer Entfernung einige Granaten in verschiedene Oasen, namentlich in die von Dudaqir, geworfen, um den Marokkanern die mächtige Wirkung der Kanonen zu zeigen. Zum Schluß wurde das Feuer auf das Minarett der im Innern von Zigu gelegenen Moschee gerichtet; der Schuß war so gut gezielt, daß das Minarett mitten entzwei geschossen wurde und die Seitensügel barsten. Die Bewohner von Zigu hatten sich vor den Wällen verschanzt; aber in dem Augenblick, als die Beschießung begann, schütteten alle und die Granaten flogen auf sie ein. Zuerst hatten die zwischen dem Judenbügel und dem Ziguaberg in den Palmplantagen versteckten Marokkaner auf die Artillerie geschossen, ohne sie jedoch zu erreichen. Ein eingeborener Krieger wurde an dem Ziguaberg getötet. Um 11 Uhr gab O'Connor den Befehl, das Feuer einzustellen, und ließ die Infanterie nach Beni-Ulif zurückkehren, die Artillerie nach Djennanabdar. Man kennt zur Zeit die Zahl der getöteten und verwundeten Marokkaner noch nicht und weiß ebenso wenig, wieweit ein Eindruck die Beschießung auf sie ausgeübt hat und was ihre Absichten sind. O'Connor erwartet, daß die Bewohner von Zigu einen Vergleich anbieten werden. Alle Frauen und Kinder waren schon seit mehreren Tagen geflohen.

Beni-Ulif, 8. Juni. Während der Beschießung von Zigu sind 600 Granaten verschossen worden. Die Infanterie hat keinen einzigen Schuß abgegeben. Hinsichtlich einer Fortsetzung der Operationen ist noch kein Beschluß gefaßt worden. Wenn die Bewohner von Zigu sich aber nicht unterwerfen, wäre es möglich, daß in nächster Zeit auch noch andre Dörfer beschossen werden.

Madrid, 9. Juni. Die spanische Regierung beabsichtigt infolge der Beschießung von Zigu eine Note an die französische Regierung zu richten, worin Spanien Vorbehalte wegen etwaiger Folgen dieser Vollzugsmaßregel macht. Es wird sogar versichert, Spanien beabsichtige eine diplomatische Konferenz einzuberufen, welche sich mit der Auslegung des Vertrages von 1845 befassen soll.

Gemeinde-Wahlrecht in Südafrika. Pretoria, 8. Juni. In der geschiedenen Versammlung wurde heute nachmittag der Beschluß gefaßt, farbige und fremde Staatsangehörige vom Wahlrecht auszuschließen.

Wahlversammlungen.

Antisemitisch-deutsch-nationale Sprengkollonen.

Der „Boenpalast“, wo gestern abend Genosse Singer und nach ihm der Kandidat des ersten Kreises, Genosse Leo Krons, zu den Handlungsgesellen sprachen, war schon um 9 Uhr so überfüllt, daß die polizeiliche Absperzung erfolgte. Die Deutschnationalen hatten sich sehr zahlreich eingefunden und begannen bald durch störende Zwischenrufe die Versammlung zu beunruhigen. Produziert durch eine jener schossen Schmähschriften in der „Staatsbürger-Zeitung“, welche die dupendmal widerlegte Lüge von der Ausbeutung der Mäntelherinnen in dem ehemaligen Singerschen Geschäft wieder einmal aufgewärmt hatte, schienen es die Jünger des Dreißigjährigen Krieges von vorhinherin auf das Sprengen der Versammlung abgesehen zu haben. Die Versammlung mußte einmal vertagt werden, um einige der ärgsten

Madonnenbrüder zum Verlassen des Saales einzuladen. Kommt aber hatte Singer wieder begonnen, fingen die Herren von neuem an. Es nißte nichts, daß Gen. Singer die Störenfriede an ihre Anstandsspflicht erinnerte, ebenso wenig fruchtete das Versprechen Singers, sich recht kurz fassen zu wollen, damit ihr Führer, Herr Döhring, in „ausgleichendem Maße“ zum Wort kommen könne. Herr Döhring sah von der Estrade herab diesem Schauspiel ruhig zu; ein Wort von ihm hätte vielleicht genügt, die Störenfriede zu beruhigen. Lag dem Herrn Döhring nichts an der Fortdauer der Versammlung? Die Störungen dauerten fort, die Versammlung wurde unruhig und — es kam zur Auflösung.

Langsam dauerte es, ehe sich der Saal leerte; die Gemüter waren über das Verhalten der teuflichen Jünglinge im höchsten Grade erregt, und es ist der Kalblütigkeit unserer Genossen zu danken, wenn es nicht noch jetzt zu Handgreiflichkeiten kam.

Unter Hochrufen auf Singer und die Socialdemokratie leerte sich der Saal. Draußen auf der Straße wurde die Ovation für unsern Parteiführer fortgesetzt, bis es diesem gelang in einer Drohschle wegzufahren. Hunderte hatten ihn bis dahin begleitet. Bemerkte sie noch, daß sich die Polizei auf der Straße sehr zurückhaltend benahm und so zerstreute sich denn auch die Menge sehr bald.

In der für den zweiten Wahlkreis zum Montagabend nach der Victoriafabrik eintreffenden Wählerversammlung, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte, hielt Genosse Bernhardt ein sehr eingehendes und mit großer Interesse aufgenommenes Referat über die bevorstehende Reichstagswahl und die Parteien. Er legte den Unterschied zwischen dem angeblich staatsverhaltenden Parteien und der staatsumstürzlerischen Socialdemokratie dar. Redner zeigte sodann unter oftmaligen Beifallsstößen, wie der ewige Rückgang der Regierung vor allen Dingen es ja unmöglich mache, daß die Parteien zur Regierung eine feste Stellung einnehmen. Redner legte weiter die Stellung der Socialdemokratie zum Militarismus und zur Steuererhebung dar, geißelte die Liebesgabenpolitik und die Zollgesetzgebung, die Klassenjustiz, die Anfassung der herrschenden Klassen über die Socialgesetzgebung. So sieht der Staat aus, den die bürgerlichen Parteien erhalten wollen. Nach einer treffenden Charakteristik der bürgerlichen Gegenpartei und ihrer Parteien, insbesondere auch der freiwilligen Volkspartei, kam der Redner zu dem Schluß, daß nicht nur jeder Arbeiter, sondern überhaupt jeder Staatsbürger, dem ernstlich an der Erhaltung der politischen Rechte und Freiheiten und der Wohlfahrt des deutschen Volkes gelegen ist, nur socialdemokratisch wählen kann. Ein Herr Sanger, der sich in der Diskussion als Anhänger der Socialdemokratie bezeichnete, wünschte im Gegenzug zu den sonstigen Gepflogenheiten der Gegner Auskunft über die nächsten Taten und Aufgaben der Socialdemokratie. Im übrigen sei derselbe durch die Ausführungen des Herrn v. Bernhardt in einer früheren Versammlung dahin belehrt worden, daß es das ratsamste sei, doch socialdemokratisch zu wählen. Nachdem Genosse Bernhardt die Fragen des Diskussionsredners in eingehender Weise beantwortet hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Brix. Eine auch von Frauen gut besuchte Wählerversammlung fand am Donnerstag in Püschels Gesellschaftshaus statt. Genosse Albert sprach über den Wahlkampf und das Verhalten der gegnerischen Parteien der Socialdemokratie gegenüber. Der Referent, dessen Ausführungen oft durch lauten Beifall unterbrochen wurden, geißelte besonders das Verhalten der Konservativen, welche sich nicht läuen, unsern Genossen Jubel in der insamsen, niederträchtigsten Weise persönlich zu insultieren, dabei aber in der feigsten Weise in ihren Versammlungen dem socialdemokratischen Redner derartig das Wort beschneiden, daß es unmöglich ist, diese Angriffe gebührend zurückzuweisen. Der Redner schloß mit der Aufforderung, am 16. Juni durch die Wahl des Genossen Jubel den Gegnern die richtige Antwort auf ihre dreifachen Verleumdungen zu geben. Die Versammelten äußerten durch brausenden Beifall ihre Zustimmung. In der Diskussion betonte Genosse Händel, daß man in Brix von einem Kampf eigentlich nicht reden könne, denn dazu fehlen die Gegner. Diese hören nichts von sich hören und in die socialdemokratischen Versammlungen kämen sie trotz aller Einladungen nicht. So sei zu dieser Versammlung auch Herr Hammer brieflich eingeladen, derselbe habe aber abgelehnt zu erscheinen, erstens weil er selbst sich nicht zutraut, unsere Genossen zu seiner Ansicht zu belehren, zweitens weil er keine Zeit hat, in unsern Versammlungen zu erscheinen. Nachdem noch eine Resolution, in welcher sich die Anwesenden für die Wiederwahl des Genossen Jubel verpflichteten, angenommen war, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

Für Bindow und Ungegend (Kreis Teltow-Deeslow) fand am Sonntag zum erstenmal eine Wähler-Versammlung im Lokal der Witwe Engelhardt statt. Trotz des strömenden Gewitterregens hatten sich 200 Personen versammelt. Reichstagskandidat Fritz Jubel hielt einen dreißigminütigen Vortrag, dem die Versammlung reichen Beifall spendete. Die Diskussion war eine recht interessante, da sich ein Gegner zum Wort gemeldet hatte, dem aber durch untreuen Genossen Jubel eine gründliche Belehrung zu teil wurde. Auch fehlte es nicht an originellen, herzlich belächelten Zwischenfällen, die durch den Eifer des überwachenden Beamten veranlaßt wurden. Derselbe ging einmal so weit, daß er den Vorstehenden aufforderte, er solle der Versammlung das Lachen verbieten. Eine neue Lausprobe war der Erfolg. Um 8 1/4 Uhr schloß der Vorstehende die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Socialdemokratie.

Stettin. Am Montagabend tagte im „Gambinus“ ein gute besuchte Wähler-Versammlung, in welcher Genosse Hirsch-Charlottenburg über die bevorstehende Reichstagswahl sprach. Nach einer kritischen Würdigung der in untreuen Kreise in Betracht kommenden Parteien und ihrer Kandidaten schilderte er die Kampfesweise unser Gegner und beleuchtete die Taten der staatsverhaltenden Parteien resp. deren Vertreter in letzterwähnten Reichstags. Einzig und allein die Socialdemokratie habe stets die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten und deshalb könne ein denkender Arbeiter am 16. Juni seine Stimme nur für Fritz Jubel abgeben. — In der Diskussion sprach Genosse Reichs-Wahlverbandes segelnden Konservativen und forderte zu roger Mitarbeit am Tage der Wahl und bei der am Sonntag, den 14. Juni, stattfindenden Flugblatt-Verbreitung auf. — Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Wannsee. Sonnabendabend fand eine sehr gut besuchte öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Dr. Albert einen Vortrag hielt über: „Die Socialdemokratie und ihre Gegner“. Eingangs seiner von häufigen, stürmischen Zurufen unterbrochenen Rede geißelte der Referent die jammervolle Feigheit der gegnerischen Kampfesart und ging dann besonders mit der konservativen Partei aufs schärfste ins Gericht. Besonders seine Ausführungen über das mittelalterliche Kulturideal unser Realitäre, dem er in großen Zügen die socialistische Weltanschauung entgegenstellte, fanden begeisterte Zustimmung. Mit Hochrufen auf die Socialdemokratie und den Genossen Jubel schloß die von zweiseitiger Stimmung erfüllte Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Antisemitische Exzesse in Bialystok.

Berlin, 9. Juni. (B. G.) Ein jüdischer Auswanderer aus Bialystok, Namens Grünfeld, der auf der Durchreise nach Rotterdam gestern hier angekommen ist, erzählte, daß in vergangener Woche bedeutende Exzesse in Bialystok stattgefunden haben. Der antisemitische Mob erzog sich den Eingang in viele jüdische Häuser und zerstörte in denselben alles. In einigen Häusern wurden Möbel aus den Fenstern geworfen und dann auf der Straße angezündet.

Ein Rabbiner wurde auf der Straße von der Menge bedroht und insultiert. Auch ein Jude, Namens Landau, wurde auf der Straße mißhandelt; Todesfälle und ernste Verletzungen sind nicht vorgekommen. Grünfeld versichert, daß die Behörden die Unruhen angeklügelt haben; Polizisten hätten die Leute gefragt, wann sie eigentlich dem Beispiele von Bialystok folgen wollten.

Englische Unterhaus.

London, 9. Juni. (B. T. B.) Unterhaus. Das Haus beginnt die Beratung des Finanzgesetzentwurfs in Verbindung mit dem Antrag Chaplins. In Begründung seines gegen die Aufhebung des Kornzolls gerichteten Antrages führte Chaplin (kons.) aus: Der Vorschlag, diesen Zoll wieder abzuschaffen, sei von zahllosen Freunden der Regierung mit Unbehagen und Mißfallen aufgenommen worden. Jedes Argument, das während des letzten Jahres zu Tage getreten sei, spreche dafür, daß der Zoll jetzt in Kraft bleibe. Ritchie habe einen nicht wieder gut zu machenden Mißgriff gethan. Die Politik der Abschaffung des Zolles sei den Ansichten Chamberlains entgegengekehrt. Die Politik der Regierung, die einzige Waffe wegzuerwerfen, mit der sie die von Chamberlain verkündeten großen Ideen zur Verwirklichung bringen könnte, sei unbegreiflich. Mac Iver (kons.) unterstützte den Antrag.

Am Laufe der heutigen Debatte im Unterhause erklärte Schatzkanzler Ritchie, die Regierung halte die Anstellung einer Untersuchung über die Frage der Vorzugszölle für notwendig. Er würde überrascht sein, wenn eine solche Untersuchung irgend ein praktisches Mittel darthun würde, eine solche Politik durchzuführen. Er sei ein überzeugter Freihändler und, wie er gegenwärtig beraten sei, könne er sich nicht zu einer Politik bekennen, welche er für schädlich für die Interessen Großbritanniens und seiner Kolonien halte.

Hids-Beach führt aus, daß er im vorigen Jahre den Kornzoll infolge des ungeheuren Anwachsenden der Staatsausgaben als dauernden Zoll vorgeschlagen habe. Als Schatzkanzler habe er gegen das Anwachsen der Ausgaben protestiert, aber seine Einsprüche seien mit Gleichgültigkeit aufgenommen worden. Wenn sie mit mehr Sympathie aufgenommen worden wären, so würde er vielleicht jetzt nicht von der Bank der einfachen Mitglieder aus zum Hause sprechen. (Beifall bei der Opposition.) Er freue sich, daß Schatzkanzler Ritchie eine Verminderung der Ausgaben für die Armee verprochen habe, für die das Geld nach seiner Ansicht am schlechtesten verausgabt werde. Er habe den Zoll als fiskalische Maßnahme und nicht als Schutz Zoll vorgeschlagen, aber in einigen Kreisen scheine angenommen zu werden, daß der Zoll für Zwecke der kolonialen Vorzugsbehandlung gebraucht werden soll. Wenn die Regierung beschließen habe, den Zoll aufzuheben, um jenes Mißverständnis zu beseitigen, so habe sie einen guten Grund gehabt, ein solches Verhalten einzuschlagen. (Beifall.)

Hids-Beach fährt fort: Ich stimme mit Chamberlain darin überein, daß seiner Birminghamer Rede zu viel Bedeutung beigelegt worden ist (Belächler), und wenn es sich um diese Birminghamer Rede allein handelte, so würde ich nicht gedacht haben, daß sie eine besondere Aufmerksamkeit verdiene. (Belächler.) Aber Chamberlain hat seine Ansichten bei verschiedenen Gelegenheiten nach einander mit Nachdruck geltend gemacht und, was wichtiger ist, Balfour hat über diesen Gegenstand eine Rede gehalten. Die Stellungnahme, die Balfour vorgeschlagen hat, ist vollkommen unmöglich; sie ist weder der Regierung noch der konservativen Partei würdig. Nachdem er Chamberlain als Kolonialsekretär warme Anerkennung gesollt, fragte Hids-Beach: Haben wir die Ansichten Chamberlains als diejenigen des gesamten Kabinetts aufzufassen? (Beifall.)

In dieser Stelle unterbrach der Sprecher und wies darauf hin, daß Hids-Beach auf die allgemeine Frage der Vorzugszölle eingegangen sei. Hids-Beach fährt fort: Die Abschaffung des Kornzolls scheint mir direkt ein Niesel zu sein gegen die Annahme von Vorzugszoll-Grundzügen. (Beifall bei der Opposition.) Ich schließe daher, daß die Auffassung der Regierung als Ganzes, die Gleichheit ist, wie zur Zeit als ich Mitglied der Regierung war. Die Angelegenheit kam nicht lange in dem gegenwärtigen Stand gelassen werden. (Beifall.) Der Vorschlag Chamberlains hat die liberale Partei geneigt und wenn die Regierung auf diesen Vorschlag besteht, so wird sie die unionistische Partei zerstören.

Hids-Beach schließt, indem er sich an Balfour und Chamberlain mit der Aufforderung wendet, zu erwägen, nicht was nach ihren eignen Meinungen wünschenswert, sondern was möglich wäre, und ihrer Verpflichtung ihrer eignen Partei gegenüber eingedenk zu sein. Er appelliere auch an die Minister, die etwa anderer Ansicht wie Chamberlain seien, ihre Ansichten frei auszusprechen. (Beifall bei der Opposition.) Er werde die Aufhebung des Zolles unterstützen. Redner wird vom Sprecher mehrmals daran gehindert, die Vorschläge und die Politik Chamberlains eingehender zu behandeln.

Nach Hids-Beach ergreift Schatzkanzler Ritchie das Wort. Er fährt aus: Es sei Hids-Beachs Pflicht gewesen, seiner Zeit die Erklärung abzulehnen, daß der Kornzoll nur für ein Jahr bestimmt sei, da dies eine Verschleierung des Handels zur Folge gehabt haben würde, aber die Regierung sei jetzt zu dem Entschluß gekommen, daß er aufgehoben werden solle. Die Frage der Vorzugsbehandlung der Kolonien sei eine große und wichtige, welche zur Beschlußfassung vor das Land treten würde. Auf: „Bum?“ Schatzkanzler Ritchie: „Auf alle Fälle nicht jetzt!“ (Heiterkeit.)

Schatzkanzler Ritchie fährt fort, obgleich er sich nicht auf Einzelheiten einlassen könne, müsse ihm gestattet werden, seine eigene Ansicht auszusprechen; und dann bedächtigt vom Manuskript lesend, führt Ritchie aus, diejenigen Mitglieder der Regierung, die bisher gesprochen hätten, hätten nur für sich selber und nicht für die Regierung gesprochen. (Oh! Oh! und böhmische Zurufe bei der Opposition.) Chamberlain habe in seiner ersten Rede ausdrücklich gelagt, er spreche nur für sich selber. Er bekenne sich als überzeugter Freihändler und teile nicht die Ansichten derjenigen, welche glauben, daß irgend ein Mittel ausgenommen werden könne, um die Schwierigkeiten zu überwinden, welche sich im Zusammenhang mit diesem Problem darstellen. Er spreche vor seiner Unternehmung der Frage zurück, welche er vielmehr in der That zusammen mit allen seinen Kollegen von jedem Gesichtspunkt aus als äußerst wünschenswert erachte. (Beifall bei der Opposition.) Howard Vincent (kons.) unterbricht Redner mit der Frage, ob er für sich selbst oder für die Regierung gesprochen habe. Schatzkanzler Ritchie antwortet unter Beifall und Heiterkeit, wenn Vincent seinen Ausführungen aufmerksam gefolgt sei, werde er herausgefunden haben, daß er an einigen Stellen für die Regierung, an anderen für sich selbst gesprochen habe. Ritchie rechtfertigt sodann die Aufhebung des Kornzolls und fährt aus, die Leute, die von ihm Vorteil gehabt hätten, seien nicht die Briten, sondern die ausländischen Landwirte.

Henry Fowler (liberal) fährt aus: Die Erörterung war von bemerkenswertem Interesse. Der Vortrag vor dem Kabinett ist gefolgt worden. Mitglieder und Anhänger der Regierung haben sich gegenseitig und untereinander widersprochen. Der Freihändler ist die Politik unter der England einen beispiellosen Ausschweifung gehabt hat, und die Regierung hat über ihre Ansichten in dieser Beziehung keine Erklärung gegeben. Bei den Wahlen hat das Volk bereits seine Meinung zum Ausdruck gebracht und ich würde einen Appell an das Land über diese Angelegenheit begrüßen. (Lauter Beifall bei der Opposition.)

Im weiteren Verlaufe der Debatte wendet sich eine Reihe von Anhängern der Regierung gegen die letztere wegen des Beschlusses in ihrer Politik betreffend den Kornzoll und betreffend den außerordentlichen Charakter der politischen Lage, welche durch das Vorgehen der Regierung geschaffen sei.

Gegen die Pest.

Bremerhaven, 9. Juni. (B. T. B.) Das Quarantäne-Amt hat wegen Auftretens der Pest die gesundheitspolizeiliche Kontrolle der von der Westküste Südamerikas kommenden Schiffe angeordnet.

Hafenarbeiter-Streit in Barcelona.

Madrid, 9. Juni. (B. G.) Die Kohlenarbeiter im Hafen von Barcelona sind in den Streit eingetreten. Alle Arbeit stockt. Die Schiffbesitzer erleiden großen Schaden.

Partei-Nachrichten.

Waffen für den Wahlkampf.

Von der Broschüre „Der Korbmacher Fischer im Lichte der Wahrheit“ ist soeben die dritte Auflage im Druck. Bestellungen werden deshalb umgehend erbeten. Für Wahlkreise, in denen unsere Parteigenossen mit dem Centrum zu kämpfen haben, ist noch vorrätig: „Christliche Arbeiterpflichten. Jesuitische Fragen und sozialdemokratische Antworten“, die sich gegen den jesuitischen Arbeiter-Katechismus wendet, und „Sozialdemokratie und Centrum“ mit einem Anhang: „Die Sünden des Centrum“, Webels Rede in Bamberg.

An Vertrauensleute, Wahlkomitees usw. werden auf Verlangen Probe-Exemplare und Preisverzeichnis zugesandt. Bestellungen sind zu richten:

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstraße 60.

Totenliste der Partei. In Mannheim ist nach langen, mit Kaffung ertragenen Leiden im Alter von nur 40 1/2 Jahren der Genosse Hermann Kessler gestorben. Kessler war lange Zeit Redakteur unseres Mannheimer Partei-Organs. Nachdem er schon anderwärts im Dienste der sozialdemokratischen Partei sich die Sporen verdient, übernahm er nach der Inhaftierung des Genossen Thies, des ersten Redakteurs der „Volksstimme“, am 6. April 1891 die Leitung des Blattes, die er bis Ende August 1898 inne hatte. Das Geschick, die Umsicht, der eiserne Fleiß und die Selbstlosigkeit, die Kessler in diesen langen Jahren härtester und anstrengendster Arbeit an den Tag legte, fanden allenthalben in Parteikreisen Anerkennung und verschafften der „Volksstimme“ einen Leserkreis und einen Einfluß im kommunalen und politischen Leben der Stadt, der sich auf die Entwicklung der Partei des arbeitenden Volkes von segensreichstem Einfluß erwies. Es ist selbstverständlich, daß diese Thätigkeit ihm auch diverse Geld- und Gefängnisstrafen einbrachte; acht Monate mußte er hinter schwedischen Gardinen zubringen. 1890 wurde Kessler durch das Vertrauen seiner Parteigenossen in das Stadtverordneten-Kollegium der Stadt Mannheim berufen, dem er seither ununterbrochen angehört. Nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion der „Volksstimme“ war er noch als deren Mitarbeiter thätig. 1899 gründete er das „Mannheimer Bloomau“, ein lokales Witzblatt, in dem er seinen Geist und Witz sprühen ließ. Bis in die letzte Zeit hinein war Kessler an diesem Blatte thätig, dessen Weiterbestand als Eigentum der Hinterbliebenen übrigens gesichert ist. — An Kesslers Grab trauert eine Witwe mit zwei noch in jugendlichem Alter stehenden Söhnen sowie die gesamte zielbewußte Arbeitererschaft Mannheims.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Teilweisen Erfolg hatte eine Verurteilung des Genossen Riem in Dresden gegen ein Urteil des dortigen Schöffengerichts, durch das er wegen angeblicher Beleidigung der Steinhilber-Firma Schulse zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden war. Das Landgericht setzte die Strafe auf 200 M. herab.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein Urteil über die Hirsch-Dunderschen Streifbrecher. Das schmächtige Verhalten des Generalrats Gleichauf und seiner Getreuen bei dem Mehlischen Streif ist in den Augen aller Arbeiter, denen es ernst mit der Vertretung gewerkschaftlicher Interessen, längst gerichtet. Der „Gewerksverein“ hat zwar den Streif selbst als taktisch nicht klug bezeichnet und die von Herrn Gleichauf empfohlene Taktik als die einzig richtige hinzustellen versucht, der „Gewerksverein“ hat ein großes Maß stiller Entrüstung über die Sozialdemokraten im Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgesprochen, aber über den von Herrn Gleichauf empfohlenen und begünstigten Streifbruch ist der „Gewerksverein“ mit Stillschweigen hinweggegangen. Verteidigen konnte er das Verhalten des Generalrats nicht und es zu verurteilen fand er nicht den Mut. Ein andres Organ der Hirsch-Dunderschen Richtung, der in Düsseldorf erscheinende „Gewerksvereinsbote“ verurteilt rückhaltlos den Streifbruch, welchen die Hirsch-Dunderschen bei dem Mehlischen Ausstände treiben. Das genannte Blatt billigt zwar auch die Ansicht Gleichauf's über den Streif selbst, sagt aber, nachdem der Streif durch die Mehrheit beschloffen war, dürfte Gleichauf ihn nicht eigenmächtig aufheben für die Gewerksvereinsmitglieder. „Kein Grund schließt davor, daß von den Gewerksvereinen hier Streifbrecherdienste geleistet worden sind; eine kleine Minorität hat versucht den Willen der Majorität mit Gewalt zu brechen. Der Fall wird doppelt traurig und schwer, weil der Arbeitnachweis der Gewerksvereine fortgesetzt Streifbrecher an die Firma Mehlisch liefert. Die Gewerksvereiner hätten sich nichts vergeben, wenn sie sich seiner Zeit auf einen Protest beschränkt hätten, an der Unterstützung für die 20 Mann wäre die halbe Million nicht zu Grunde gegangen.“

Die Privatsache.

(Eine ostpreussische Geschichte aus unsern Tagen.)

Der junge Pfarrer sah an seinem Schreibtisch, vor ihm lag die aufgeschlagene Bibel. Am vorigen Sonntag war er in sein heiliges Amt feierlich eingeführt und hatte gelobt, seiner Herde ein treuer Hirte zu sein und besonders alle armen veriterten Schäflein in seiner Gemeinde zu suchen und wieder zurückzuführen. Ein tiefer Seufzer entrang sich seiner Brust. Er wußte es und hatte eben durch Gemeinde-Akte die gehört, daß die Verzerrung und Verwerrung durch die Heizer der Umhurzpartei schon seit mehreren Jahren in die Gemeinde gekommen sei. Gewiß, er wollte es thun, er wollte auch diesen verdorbenen Seelen nachgehen und ihnen wieder zurechtweisen mit sanftmütigem Geißel. Aber wie? Wird's gelingen? — Ein Gefühl des Mangels und Jagens erfaßte ihn. Er war in seinem Zimmer allein, und es dunkelte. Da fiel er auf seine Knie und betete: „O Herr, hilf Du mir in meiner Schwachheit! Ich laß' mich bald ein verlorenes Schäflein finden!“ Dieses und Ähnliches erlebte er in heiligem Gebet.

Da klopf es an die Thür. Es tritt ein unbekannter Mann herein.

„Herr Pfarrer, retten Sie mich, retten Sie mich vor der Verzweiflung.“ spricht die dunkle Gestalt in gurgelndem Tone, wie einer, der das Weinen zu unterdrücken sucht.

Indem der Geistliche seine Bereitwilligkeit, zu helfen und zu trösten, ausdrückt, hebt er die Lampenglocke ab, um Licht zu machen.

„Herr Pfarrer, lassen Sie es dunkel sein; was sollen Sie das Antlich eines Verzerrten schauen!“

Der Geistliche bietet dem Unglücklichen einen Stuhl und ersucht ihn, sich niederzusetzen und sein Herz ihm auszusprechen.

Ich bin der hiesige Schuhmachereifer G... und wohne am

Diese von einem Organ der Hirsch-Dunderschen Richtung an dem Verhalten des Herrn Gleichauf geübte Kritik stimmt im wesentlichen überein mit meinem eignen Urteil, welches wir, wenn auch schärfer in der Form über den Streifbruch bei Mehlisch abgaben.

Deutsches Reich.

Der Streif der Bau- und Müllschichter in Neu-Ruppin dauert schon acht Wochen und noch ist keine Einigung erzielt. Die Arbeitgeber lehnen jede Verhandlung ab, sie haben es, wie es scheint, darauf abgesehen, den Deutschen Holzarbeiter-Verband in Neu-Ruppin zu vernichten. Die Herren suchen durch auswärtige Zeitungen Arbeitswillige heranzuziehen, die nicht dem Verbands angehören. Wir bitten die Kollegen und Genossen, uns in diesem Kampfe zu unterstützen und Inserate, die sich in Lokalblättern oder sonstigen Zeitungen befinden, an uns einzusenden mit Angabe der Zeitungsadresse. Unkosten werden von uns zurückerstattet. Um Abdruck dieses in allen arbeiterfreundlichen Zeitungen bittet Die Streikleitung.

Maurerstreik in Hirschberg. Wegen der Forderung eines Stundenlohnes von 36 Pf. und des Jehnsundentages sind die Hirschberger Maurer in den Streik eingetreten. Sollte der Ausstand länger anhalten, so werden voraussichtlich auch die Zimmerer in Mitleidenschaft gezogen.

Sociales.

Rattenpest auf einem Schiffe. Das plötzliche Auftauchen der Pest mitten in der Hauptstadt Berlin hat die öffentliche Aufmerksamkeit wieder auf die Frage gelenkt, wie die Einschleppung der Pest möglich und wie sie zu verhüten ist. Bei dem Berliner Vorkommnis handelt es sich um einen Fall von sogenannter Laboratoriumspest (unseres Wissens der zweite dieser Art), der interessanter, aber auch traurigerweise es über jeden Zweifel erhebt, daß in der That jener Mikro-Organismus, den die Medizin als den Erreger der Pest bezeichnet, dies auch wirklich ist. Solche Fälle werden immer die große Ausnahme bleiben. Nur berichten die Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes über das Vorkommen der Pest unter den Ratten auf einem Hamburger Dampfer, eine Mitteilung, die erneut auf die Gefahr einer Pestverschleppung durch Ratten aufmerksam macht.

Der Dampfer „Westphalia“ traf am 4. März auf der Elbe mit einer Ladung, bestehend aus Leinwand, Kleie, Wolle und Häuten, ein. Leinwand und Kleie waren in Rosario (Argentinien) eingenommen worden. Nach dem Verlassen von Rosario am 29. Januar hat das Schiff Montevideo (1.-3. Februar), St. Vincent (10. Februar) und Madeira (24. Februar) angelaufen. Bei dem Entladen des Schiffes in Hamburg fanden sich in einem Laderaum zwischen Kleiebälen tote Ratten in größerer Zahl. Von den Gesundheitsbehörden wurden die Kadaver dem hygienischen Institut zur Untersuchung überwiesen; es wurde festgestellt, daß die Ratten an Pest verendet waren. Das weitere Lösen des Schiffes war bei dem ersten Auftauchen des Pestbakteriums auf Anordnung der Behörde eingestellt worden. Das Schiff wurde in einem entlegenen Teil des Hafens isoliert und in die sämtlichen Laderäume, in die Kabinen der Mannschaften und in die übrigen Schiffsräume Generatorgas mit dem für solche Zwecke auf Reichslosten eingerichteten Apparat eingeleitet, um etwa noch vorhandene lebende Ratten zu töten. Der bereits gelöste und in dem Quaiabau befindliche Teil der Ladung wurde auf Veranordnung durch Ratten und auf Rattenababer Stiel für Stiel besichtigt; die Kleie, welche sich in dem pestinfizierten Raum befunden hatte, wurde in rattenfreie Schuten geladen und 4 Wochen lang gelagert, bevor sie den Empfängern ausgeliefert wurde. Der Leinwand, die gefärbten und trockenen Felle wurden nach mechanischer Reinigung der Oberfläche der Säcke und Ballen den Empfängern übergeben, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Seuche unter den Ratten sich auf einen Laderaum beschränkte, in dem sich hauptsächlich Kleie befunden hatte. Beim Abräumen der in dem Quaiabau befindlichen, aus der „Westphalia“ stammenden, mit Kleie gefüllten Säcke fand sich ein Rattenababer, der bereits in Fäulnis übergegangen und augenscheinlich mit den Säcken aus dem Schiff entfernt worden war. Durch die bakteriologische Untersuchung konnte festgestellt werden, daß diese Ratte an Pest verendet war. Die weitere Entladung des Schiffes wurde unter Vorsichtsmaßnahmen ausgeführt. Dabei wurden in dem infizierten Laderaum etwa 130 tote Ratten gefunden, in dem benachbarten Laderaum 180 tote Mäuse. Die Ratten waren bis auf 30, die an Pest verendet waren, durch das im Generatorraum enthaltene Kohlenoxyd getötet, wie die spektroskopische Untersuchung des Kadaverblutes ergab; 4 Ratten boten neben Kohlenoxydvergiftung noch Pestbakterien dar. Die Mäuse erwiesen sich sämtlich bis auf eine durch Kohlenoxyd getötet. Die übrigen Laderäume des Schiffes waren frei von Rattenababern; es konnte daher angenommen werden, daß sich die Seuche unter den Ratten hauptsächlich auf den einen Laderaum beschränkt hatte.

Der Vorfall beweist von neuem die Notwendigkeit einer fortgesetzten sorgfältigen Überwachung der Schiffe in den Häfen durch die Gesundheitsbehörden. Die Thatsache, daß mit den Waren ein pestinfizierter Rattenababer an Land gelangen konnte, ist von großem epidemiologischen Interesse. Daneben sollte man jedoch, nachdem man ein unsehbar wirkendes Mittel gegen die Rattenplage gefunden ist, der Belämpfung derselben alle Kräfte auch dann widmen, wenn

die Gefahr einer Epidemie nicht gerade akut ist. Abgesehen davon, daß man nie sicher darüber ist, ob den Ratten nicht doch irgendwie und irgendwo Gelegenheit zu einer Infektion gegeben ist, ist auch das bloße massenhafte Vorhandensein dieser Tiere auf Schiffen und Speichern die Nahrungsmitteln als Behälter dienen, ekelhaft genug, um die strengsten Maßregeln zur Beseitigung des Ungeziefers zu rechtfertigen.

Die Frage der Besteuerung von Grund und Boden nach dem gemeinen Wert fand auf dem sächsisch-anhaltischen Städtetag in Weiskensfeld eine eingehende Besprechung. Die bei dem einstündigen Referate des Stadtrats Reimarus-Magdeburg und Direktor Führer-Silberhütte sowie die einständige Diskussion zeigten, daß bei den Magistraten große Neigung für die Reformierung der Grundsteuer nach dem gemeinen Werte vorhanden ist, während in den von Haus- und Grundbesitz-Interessen beherrschten Städten verordnete Kreise sich noch vielfach ein starkes Mißtrauen gegen die Steuer vorfindet. — Vornehmend war, daß die Stadt Dessau als den ersten Sozialdemokraten auf einem sächsisch-anhaltischen Städtetag den Genossen Peus delegiert hatte, natürlich nicht wegen seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat, sondern wegen seiner Sachkenntnis. Genosse Peus stellte mit Befriedigung fest, daß die Bodensteuer nach gemeinen Werte so lebhaft bestritten worden sei. Der Kreis der von ihr wirklich betroffenen Interessentkreise sei sehr gering. Hausbesitzer im allgemeinen und Baunternehmer im besonderen könnten ihr nur zustimmen. Wichtig sei, was Dr. Führer gesagt habe, daß Besteuerung den Grund und Boden billig mache, was nicht nur im Interesse der Konsumenten der Ware „Wohnung“ liege, sondern auch der produzierenden Industriellen, deren Produktion durch hohe Bodenwerte stark verteuert werde. Die alte Grund- und Gebäudesteuer sei eine Art Gewerbesteuer gewesen, die Steuer nach gemeinem Wert eine Vermögenssteuer, eine Steuer auf das Vermögen an Grund und Boden. Ganz außergewöhnlich viele Wohlhabende durch sie in den Städten geschaffen werden. Stadtverordneter Heiser-Halle sprach sich gegen die neue Form der Besteuerung aus, weil man den gemeinen Wert „nicht ausfindig machen“ könne. Herr Stadtverordneter Krüger-Halberstadt sah einen genügenden Grund gegen die Steuerreform schon darin, daß sich — Genosse Peus so lebhaft für dieselbe interessiere. Diese Bedenken wurden durch die Feststellung widerlegt, daß die Schätzungen des gemeinen Wertes sich in überragender Kongruenz mit nachher erzielten Verkaufspreisen gehalten hätten, und Dr. Führer erklärte, die Reichsregierung, die die Grund- und Bodenbesteuerung in Mecklenburg so gründlich und systematisch vorgenommen habe, sei doch nicht die Sozialdemokratie, gleichwohl wird es noch lebhafter Kämpfe bedürfen, um das Verständnis für die Gerechtigkeit und Notwendigkeit der neuen Besteuerung in die widerspenstigen Stadtverordnetenköpfe einzuhämmern.

Die Volksheilstätten-Bewegung hat so sehr man gerade hier den guten Willen der Beteiligten anerkennen muß, praktisch nicht das Gesteht, was die Bewegung leisten sollte. Gerade die Fachmedizin, welche dem Heilstätten-Verein das größte Interesse entgegenbringt, hat die zuerst zugeben müssen. So hebt der ärztliche Bericht an die dreijährige Hauptversammlung des Vereins zur Begründung und Unterhaltung von Volksheilstätten im Königreich Sachsen hervor, daß die Kranken nach ihrer Entlassung an der Luft wieder in die alten Zustände zurückkehrten, die die Krankheit erzeugt haben und somit die Erkrankung wieder hervortreten lassen. Danach heißt es wörtlich:

„Diese Verhältnisse müssen wir daher auch zu bessern versuchen. Es muß darauf hingewirkt werden, daß gesunde Wohnungen billig zu haben sind, daß man nahrungreiche Kost billig bekommt, daß Volksbäder reichlich zur Verfügung stehen, daß in Fabriken die Arbeitsräume gesund sind, und hygienisch gehalten werden, daß die Arbeiter nicht über ihre Kräfte angespannt, daß sie genügend bezahlt werden u. a. Wenn diese und ähnliche Forderungen ihrer Erfüllung immer näher gebracht werden, so werden auch die Dauererfolge unserer Heilstätten immer besser.“

Hier wird von ärztlicher Seite bestätigt, was wir lange, lange vorher schon und zu wiederholten Malen gesagt haben. Die Arbeiter selbst haben es instinktiv herausgefunden, daß die Lungenschwindsucht ihre Ursachen in sozialen Verhältnissen hat, und bezweifeln sie nicht mehr als eine, nein, direkt als die „Proletarierkrankheit“. Verloren sind die Erfahrungen in der Heilstättenbewegung jedenfalls auf keinen Fall. Bereiten die Erfolge der Heilstätten vielleicht auch manchem bürgerlichen Ideologen eine schwere Enttäuschung, so lären sie zweifellos doch auch einen kleinen Teil derselben dahin auf, daß unsere sozialen Verhältnisse dringender einer Verbesserung bedürfen, wenn nicht die Arbeit wohlmeinender Menschenfreunde völlig verloren gehen soll, und spornen den einen oder anderen an, statt der Wirkungen die Ursachen des modernen Elends mit belämpfen zu helfen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen-Versammlung in Charlottenburg. Die für Montagabend nach dem „Volkshaus“ einberufene zweite öffentliche Versammlung des Frauen-Wahlvereins unseres Kreises war wieder vorzüglich

Ich wußte meinem Kinde nichts zu antworten als: „Deine selige Mutter hat ihn so sehr lieb gehabt.“ Meine Tochter fiel bald in ein heftiges Fieber. In ihren Fieberphantasien ließ sie die Worte aus: „Jesu, hilf, hilf! — Armer Vater — Privatsache — böses Wort — häßliches Wort — Mutter, Mutter, komm!“ Heute nachmittag legte sich das Fieber. Sie rief mich ans Bett und fing an: „Bitte, lieber Vater, bete doch, bete doch für mich!“

Als ich mein stehendes Kind anschaute, brach mir das Herz, ein Strom von Tränen ergoß sich aus meinen Augen und ich sagte: „Liebes Marielchen, Dein Vater kann nicht beten.“ Doch das Kind ließ nicht nach und flehte noch mehr: „Lieber Vater, mir ist so angst, bete, bete nur ein wenig, nur ein kleines Gebetlein!“ Ich schloß die Augen und sagte: „Kind, liebes Kind, ich kann nicht beten.“ Das Kind fing an zu weinen und zu wimmern: „Bete, bete, bete doch, lieber Vater!“ Da stürzte ich mich auf meine Knie und schrie laut: „Vater, der du bist im Himmel —“ Weiter konnte ich nicht, flokte und stammelte. Mein Kind betete aber leise weiter — bis zu Ende. Als ich mich von meinen Knie erhob, war sie — eine starre Leiche.

Das ist meine Geschichte, Herr Pfarrer. Die Religion ist Privatsache. Das ist ein teuflisches Wort. Bluch denen, die es mich gelehrt. Dieses Wort ist die Ursache meines ganzen Elends. Herr Pfarrer, giebt es für mich armen Sünder noch Vergebung? Der junge Seelforger wies auf das Kreuzig hin, das über seinem Pulse stand, und hielt dem Unglücklichen alle Gnadenverheißungen und Tröstungen desjenigen vor, der gekommen ist, zu suchen und selig zu machen, was verloren ist. Lange blieben sie noch beide zusammen am selbigen Abend, der Hirte und das gefundene Schäflein. Als sie sich trennten, konnte der eine gerostet sprechen: „Jesus nimmt die Sünder an, mich auch hat er angenommen.“

Auf dem säuerlichen Gange, hinter dem Sarge seines Kindes, stand der junge Seelforger dem tiefgedrungenen Vater zur Seite. Aus den Eslingen der Sozialdemokratie ist er durch sein stehendes Kind gerettet. Er ist ein anderer geworden. Die Heilschriften der Umhurzleute hat er verbrannt und lieft nun unsern „Sonntagsfreund“. Bei den „Genossen“ und im Wirtschafts steht man ihn nicht mehr, desto häufiger im Gotteshaufe. Der Herr, der in ihm das gute Werk angefangen hat, wird es auch vollenden durch seine Gnade.

Königsberger Thor. Vor 25 Jahren kam ich auf meiner Wanderschaft nach Ostpreußen und fand in hiesiger Stadt nicht nur Arbeit, sondern auch eine neue Heimat und mein größtes Glück. Ich verheiratete mich mit einem tugendhaften Mädchen. Wir waren unansprechlich glücklich. Ich hatte viele Kundenschaft und reichen Verdienst. Mein Weib war so gut und fromm. Sonnträglich gingen wir zur Kirche. Wir hatten zwei Kinder. Mein Sohn, ein kräftiger Bursche, wuchs heran und ging schon zum Konfirmandenunterricht. Da schickten die Sozialdemokraten aus Königsberg ihre Sendboten in unsere Stadt. Ich wollte anfangs von ihnen nichts wissen. Sie gaben mir Schriften. Ich las sie. Das Gift wirkte. Ich ward bald ihr eifrigster Genosse. Die Folgen sind furchtliche gewesen. Die Sozialdemokraten lehren: „Religion ist Privatsache“, d. h. niemand hat sich darum zu kümmern, jeder mag glauben, was er will. Diese Weisheit brachte ich meinem Jungen auch bei und ließ ihn nicht konfirmandieren, obwohl mich mein Weib auf den Knien und unter heißen Thränen darum bat. Ich erwiderte ihr: „Religion ist Privatsache.“ Der Junge erlernte mein Handwerk. In jeder sozialdemokratischen Versammlung nahm ich ihn mit und gab ihm die Schriften der Sozialdemokraten zu lesen. Meine Frau verzehrte sich vor Gram. Bei der Reichstagswahl vor 5 Jahren war mein Bube einer der wildesten Agitatoren. Er bekam viel Geld für seine Dienste, trank eine Menge Brantwein, und kam trunken nach Hause. Seine Mutter schalt ihn aus und fragte ihn: „Fürchtest Du Dich gar nicht mehr vor Gott?“ Da wurde der Bube gleich einer wilden Beute, erfaßte einen Schemel und schlug auf seine Mutter ein, indem er fortwährend schrie: „Religion ist Privatsache.“ Nach 14 Tagen starb mein Weib, teils aus Gram, teils an den Folgen der erstickten Mißhandlung. Mein Sohn kam ins Jugendhaus. Ich blieb mit meinem fünfjährigen Töchterchen allein zurück.

Noch immer blieb mein Herz hart und verstockt, ja ich haßte Gott und die Menschen mehr als je zuvor, nur eins war es, was ich über alles liebte: meine liebe Tochter, die kleine Marie, das lebhaftige Ebenbild ihrer Mutter. Vor 14 Tagen erkrankte sie — es war gerade an ihrem zehnten Geburtstag — und konnte nicht zur Schule gehen. Ich setzte mich an ihr Bett und streichelte sie. Da umfing sie mich mit ihren Armen und fragte mich: „Lieber Vater, hast Du den Heiland auch lieb?“ Ich wußte nichts zu sagen als: „Religion ist Privatsache.“ Marielchen sprach: „Ich weiß nicht, was Du sagst; aber ich möchte gern wissen, ob Du dem Herrn Jesus gut bist?“

*) Wir entnehmen diese rührende Geschichte den „Ostpreussischen Erzählungen aus dem Volk für das Volk“ von Hermann Braun. Druck von J. van Riens Nachfolger in Löben. Das Büchlein wird vom Höheren Schulrat der Schulkinder für die Eltern mitgegeben. Um Mißverständnisse zu vermeiden, bemerken wir ausdrücklich, daß es sich um keine sozialdemokratische Satire handelt. Das Büchlein ist wirklich erschienen und ernst gemeint.

befucht. Eingangs seines Referates ging Genosse Dr. Albert auf die Kampfesart unfer Gegner im jetzigen Wahlkampf ein und wies besonders die lügenhaften Berichte des Zeitungsblattes entschieden zurück. Mit Recht meinte er, daß man sich eines mit so unehelichen Mitteln kämpfenden Gegners nachgerade schämen müsse. Im weiteren Verlauf seiner Rede beantwortete der Referent in eingehendster Weise und unter voller Zustimmung der Versammlung die Frage: „Welches Interesse haben die Frauen am Ausfall der Reichstagswahl“. Ganz besonders wies er die Frauen des Mittelstandes und der kleinen Beamten darauf hin, daß ihre vitalsten Interessen ausschließlich von der Socialdemokratie, der konsequentesten Bekämpferin des Brotwunders, vertreten würden. Den bürgerlichen Frauen hielt er die unglaubliche Inkonsistenz vor, die darin bestünde, daß sie in trauriger Verbblendung für die in jeder Weise unüberlässige Partei Eugen Richters Propaganda machen. Nachdem Genossin Thiel die anwesenden Frauen nochmals an ihre Pflichten am Wahltag erinnert hatte, schloß die äußerst animierte verlaufene Versammlung.

Frauen-Versammlung in Schöneberg. Vergangenen Mittwoch fand hier eine Versammlung des Frauen-Wahlvereins statt, in welcher Genosse Dr. Albert über das Thema: „Welches Interesse haben die Frauen am Ausfall der Reichstagswahl“ referierte. Der Redner wies nach, daß die Frauenarbeit in Industrie und Landwirtschaft im ständigen Zunehmen begriffen sei und daß in den allermeisten Fällen der zu geringe Verdienst des Mannes es sei, der die verheirateten Frauen aus dem Hause in die Fabrik treibe. Weiter zeigte er, welches Interesse die Frauen an den politischen Tagesfragen und namentlich dem jetzigen Wahlkampf haben, und beleuchtete eingehend die Stellung der einzelnen politischen Parteien gegenüber der proletarischen Frauenbewegung. Mit einer kräftigen Aufforderung, mit allen Kräften für die Wiederwahl des Genossen Zubeil am 18. Juni einzutreten, und einem begeisterten Hoch auf die Socialdemokratie schloß die Versammlung.

Aus Industrie und Handel.

In der Aufsichtsratsitzung der Vereinigten Königs- und Laurahütte, die heute hier stattfand, berichtete die Direktion über das Ergebnis des 3. Quartals des laufenden Geschäftsjahres, d. i. der Monate Januar—März 1903.

Der Brutto-Gewinn in diesem Quartal betrug nach Abzug aller Inkosten und der Obligationenzinsen 1 682 307 M., d. i. gegen das gleiche Quartal im Vorjahre um 234 415 M. gleich 16 Proz. mehr. Die Produktion ergab, wie der Bericht besagt, an allen wesentlichen Stellen eine Aufbesserung. Die Steinlohlenförderung stieg auf 635 783 Tonnen gegen 565 251 im Vorjahr, d. i. um 12 Proz., wobei der Absatz um 34 102 Tonnen stieg und eine Gerabminderung der durchschnittlichen Wertung um 32 Pf. per Tonne eintrat, weil die Kleinlohlenpreise von der Konvention ermäßigt wurden. Die Erzeugung von Hoheisen erhöhte sich auf 54 954 Tonnen (gegen 49 820 Tonnen, d. i. um 10 Proz.). Die Produktion an Walzwaren, Röhren und Gußwaren betrug 51 298 Tonnen (gegen 50 722 Tonnen). Auch für die Werkstätten der Gesellschaft konnte die erforderliche Arbeit, wenn auch z. T. zu gedrückten Preisen heringeholt werden.

Der Gesamtwert der abgesetzten Walzwarenprodukte (abzüglich der Erzeugung für eigne Betriebe) betrug 1 411 900 M. und vermehrte sich gegen das Vorjahr um 10 Proz.

Die Verwertung der Walzwaren stellte sich nur um 5 Mark für die Tonne höher als im 3. Quartal des Vorjahres, indem die im Sommer v. J. eingetretene Aufbesserung der Eisenpreise nicht im vollen Umfange ausreicht erhalten werden konnte. Der russische Eisenmarkt, welcher seit längerer Zeit fortgesetzt Preisrückgänge zu verzeichnen hatte, zeigte in den letzten Monaten endlich wieder Anläge zu einer Besserung, die sich für die Gesellschaft zunächst namentlich in einer lebhafteren Beschäftigung der Katharinahütte bemerkbar machte. Die Absatzziffer dieses Werkes stellte sich um 25 Prozent höher als im Vorquartal und um 16 Prozent höher als im 3. Quartal des Vorjahres, wobei die bisherige abfallende Preisbewegung zum Stillstand gekommen ist, zum Teil wohl in Hinblick auf die in Rußland in Aussicht stehende vorzügliche Ernte.

Der Beschäftigungsgrad auf den Hütten stellte sich auf 18 145 100 Mark gegen 11 700 000 M. im Vorjahre.

Die Arbeiten zur Erschließung der Dußenslozgrube haben lebhaften und günstigen Fortgang gehabt, desgleichen die Reclamationen auf den älteren Werken.

Schließlich genehmigte der Aufsichtsrat den von der Direktion vorgelegten Bau-Etat zur beschleunigten Fortsetzung jener Arbeiten.

Italienische Konversion. Meldungen aus Rom zufolge brachte gestern der italienische Schatzminister in der Kammer einen Gesetzentwurf ein über eine Konversion der inneren 4 1/2-prozentigen Schuld in eine 3 1/2-prozentige konsolidierte Schuld und verlangte hierfür die Dringlichkeit. Der Minister hofft, daß hierdurch für das Budget ein Nutzen von 7 Millionen Lire sich ergeben werde, und bittet um die Ermächtigung, eventuell Vorzüge zu treffen für eine Konversion der konsolidierten 5-prozentigen und 4-prozentigen Schulden in 3 1/2-prozentige, ohne sich von neuem an das Parlament wenden zu müssen.

Gerichts-Zeitung.

Dem Inhaber einer Privat-Irrenanstalt in Charlottenburg, Herrn Kitzinger, wurde im Jahre 1900 die ihm von einer unzuständigen Behörde 1887 erteilte Konzession widerrufen. Er beantragte namentlich bei dem hierfür jetzt zuständigen Polizeipräsidenten von Berlin, ihm die Erlaubnis zum Betreiben einer Privat-Irrenanstalt zu erteilen. Der Polizeipräsident verweigerte dies, worauf A. beim Bezirksauschuss klagte. Der beklagte Polizeipräsident bestritt in der Klage-Erwidern die Unzuverlässigkeit Kitzingers, indem er geltend machte, dieser habe eine ungeeignete Person als Oberwärter engagiert und behalten. Im Jahre 1898 ist jemand in der Irrenanstalt Kitzingers unter Umständen gestorben, die es wahrscheinlich erscheinen ließen, daß ihn der Oberwärter Schneider mißhandelt habe. Das Obduktionsprotokoll enthält indes nichts Bestimmtes darüber. Demals wurde auch der Frage näher getreten, ob Schneider selber geisteskrank sei. Es wurde festgestellt, daß Schneider früher nicht nur in Irrenanstalten als Wärter, sondern mehrmals auch als Pflegerling war. Ueber seine Tätigkeit als Wärter hatte er nur geringe Atteste aufzuweisen, wovon sich aber zwei als gefälscht erwiesen. Der Polizeipräsident macht nun Kitzinger

zum Vorwurf, daß er sich bei Schneiders Anstellung ohne weiteres mit jenen Attesten zufrieden gegeben habe. Da Schneider in einzelnen Irrenanstalten nur verhältnismäßig kurze Zeit als Wärter gewesen sei, so hätte Kitzinger sich nach Meinung des Polizeipräsidenten in diesen Anstalten vor Einstellung Schneiders erst noch näher nach dessen Qualifikation erkundigen müssen. — Der Bezirksauschuss erkannte jedoch dahin, daß Herrn Kitzinger die Genehmigung zum Betreiben der Privat-Irrenanstalt zu erteilen sei. Es könnte dem Kläger kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß er nicht nach Rücksprache gehalten habe bei den einzelnen Irrenanstalten. Auch hätte er nicht wahrnehmen können, daß zwei der Atteste gefälscht seien. Im übrigen stände fest, daß sich Schneider in der Anstalt Kitzingers sowohl als auch in den anderen Anstalten, wo er Wärter war, ganz unauffällig benommen habe. — Das Ober-Verwaltungsgericht verwarf die hiergegen eingelegte Berufung des Polizeipräsidenten mit der Begründung, daß Herrn Kitzinger Fahrlässigkeit nicht vorgeworfen werden könne.

Verfammlungen.

Rowaves-Neuborf. Der Socialdemokratische Wahlverein hielt am 3. Juni seine Mitgliederversammlung ab. Unter Geschäftlichem konnte der Vorsitzende mitteilen, daß einzelne Gewerkschaften Gelder für den örtlichen Wahlfonds an den Kassierer abgeliefert haben. Zur Aufnahme in den Wahlverein haben sich 2 Personen gemeldet. Alsdann erstattete Genosse Arzemeniecki Bericht von der Vorstandssitzung, welchem sich eine nochmalige Besprechung über die Reichstagswahl anknüpfte. Im Anschluß hieran gab der Kassierer die Abrechnung von der Reisefeier. Alsdann erstattete Genosse Grahl den Bericht von der letzten Gemeindevertreter-Sitzung, welchem sich eine kurze Diskussion anknüpfte.

Achtung! Arbeiter des Kreises Ruppiner-Tempel! Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Diefel, Adlerstraße 123 eine Besprechung statt über unsere Arbeiten am Wahltag.

Gleichzeitig richten wir die Bitte an die Parteigenossen des 6. Kreises, welche am Wahltag draußen thätig sein wollen, ebenfalls zu erscheinen. J. A.: Ludwig Kraemann.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 10 u. 4 Uhr	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 10 u. 4 Uhr
Schwetzingen	766	D	1	bedeckt	15	Saparanda	771	SE	4	wolkig	12
Darmstadt	764	DRD	4	wolkig	15	Petersburg	772	SE	—	wolkig	15
Berlin	764	DESD	4	heiter	15	Forst	764	RD	—	bedeckt	12
Frankfurt a. M.	768	ED	4	halb bb.	18	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	759	D	5	heiter	13	Paris	757	DESD	2	halb bb.	11
Wien	762	D	2	wolkig	16						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 10. Juni 1903.
Etwas wärmer, vorwiegend heiter und trocken bei ziemlich lebhaften südöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

N. 3. 100. Freidenkerische Bestrebungen. — A. B. Wenden Sie sich an Herrn Karl Fischer, NW. Waldstr. 8.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 10. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhaus. Der Hellenismus.
Schauspielhaus. Der Weigenmacher von Cremona. — Die Schule der Frauen.
Deutsches. Runna Hanna.
Reichens. Lustige Ehemänner. — Vorher: Nach dem Balle.
Westen. Ill-Heidelberg.
Central. Piz und Pödel.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Nach Jahr und Tag. — Abschied vom Regiment. — Der grüne Kakadu.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Die Hege.
Berliner. Martha.
Neues. Arhe Raab.
Thalia. Die schöne Ungarin.
Kleines. Nachtschl.
Belle-Alliance. Der Zigeunerbaron.
Carl Weiß. Das Geheimnis des roten Hauses.
Metropol. Neues! Neues! 1 Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängere.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62.
Castans Panoptikum. Friedrichstr. 105.
Neu! Ein spiritistisches Rätsel. Enthüllungen über Anna Rothe.
Neu! Der Gummimensch!
Neu! „Auferstehung“.
Neu! Karl Forschneritzsch gen. Paganini redivivus mit seiner Wiener Elitokapelle, **grosso Promenaden-Konzerte.**
Passage-Theater. Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.
Carla Lingen in ihrem Repertoire.
Erna Koschel.
Josefine Deleisner. Ganz Berlin zerbricht sich schon den fünften Monat den Kopf über A G A! die schwebende Jungfrau! 14 erstklassige Nummern.

Central-Theater

Heute und folgende Tage, Anf. 8 Uhr:
Pick und Pöckel.
Schwank mit Gesang und Tanz in 3 Akten nach dem Französischen von Hans Brenner und Erich Urban.
Musik von H. Vanós.

Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lustige Ehemänner.
Schwank in 3 Akten von H. Mars und Albert Carré. Deutsch v. Schönau.
Vorher:
Nach dem Balle.
Schwank in 1 Akt nach H. Spantzen des H. Carrion von W. Loebel.
Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter-Strasse 132.
Das Geheimnis des roten Hauses.
Engl. Sensationskomödie in 6 Bildern von Hungerford. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag: Sonntag 3 Uhr (Parkett 60 Pf.); Der liebe Gebot.
Im Garten: Konzert, Theater- und Spezialität-Vorstellung. Die Hege, Lärmschiffahrt. Anf. 6 1/2 Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Castans Panoptikum

Friedrichstr. 105.
Neu! Ein spiritistisches Rätsel. Enthüllungen über Anna Rothe.
Neu! Der Gummimensch!
Neu! „Auferstehung“.
Neu! Karl Forschneritzsch gen. Paganini redivivus mit seiner Wiener Elitokapelle, **grosso Promenaden-Konzerte.**

Passage-Theater.

Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.
Carla Lingen in ihrem Repertoire.
Erna Koschel.
Josefine Deleisner. Ganz Berlin zerbricht sich schon den fünften Monat den Kopf über A G A! die schwebende Jungfrau! 14 erstklassige Nummern.

OOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 M., von abds. 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder die Hälfte.
In der Arena: **Elefantenmutter mit saugendem Baby,** Shetland-Pony mit Zwergföhlen.

Neues Theater

Schiffbauerdamm 4a—5.
Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Hansi Niese.
Arche Noah.
Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtsyl.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Mittwochabend 8 Uhr:
Nach Jahr und Tag. — Abschied vom Regiment. — Der grüne Kakadu.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Nach Jahr und Tag. Abschied vom Regiment. Der grüne Kakadu.
Freitagabend 8 Uhr:
Diefelbe Vorstellung.

Max Klem's Sommer-Theater

Hasenheide 13—15. — Artistic Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regalbahnen, Büfelföhrden, Konfektorei, Blumenstand etc.
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Königsthor. Schweizer-Garten. Friedrichshain.

Täglich Theater-Vorstellung.
14 Lustspiel- und Possen-Novitäten.
Neues Artisten-Programm.
Jeden Abend 10 1/2 Uhr: **Das Allerweltsgenie.**
Große Hoffe mit Gesang und Tanz in 2 Bildern.
Täglich: **Ball.** Volksbelustigungen. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Metropol-Theater.

Der größte Erfolg dieser Saison!
Zum 149. Male:
Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzendes Ballett. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Apollo-Theater

Täglich: Mit kolossalem Beifall:
Die Liebes-Insel.
Im 3. Akt: Die lebenden Briefmarken.
● **Grosses Post-Ballett.** ●
Vorher: **Neu glänzend. Spezialitäten.**

Reichshallen.

Stettiner Sängere.
In der Klemme.
Humoreske von Rehsel.
Anfang 8 Uhr.
Bogenstr. 8.
Sonntags 7 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.

Der Zigeunerbaron
Operette von Johann Strauß.
Aurelle Reub. Schuster-Bühne.
Stegfried Adler.
Sonntags: Artemis Colonna.
Im Sommergarten:
Spezialitäten-Vorstellung. Konzert.
The American Ebony-Bells.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Täglich:
Gr. Theater-Vorstellung.
Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Dienstag und Donnerstag: **Ball.**

Prater-Theater

Rastanien-Allee 7—9.
Direktion: M. Kalbo.
Täglich: **Das Bild der Mutter.**
Vollständig mit Gesang und Tanz in 3 Akten von H. Seelen u. D. Richter.
Konzert und Ball. Kulturen erstklassiger Attraktionen. U. a.: Ada Marcell, Schröder u. Dentor, Relampagos Troupe; Overyard.
● **Ein Adelles Gefängnis** ●
Große Pantomime, Mokaschly Troupe.
Anf. 4 Uhr. Entr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Sanssouci.

Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sängere.
Anfang: Sonntags
Kong. 5 Uhr, Vorreit. 7 Uhr.
Wochentags:
Kong. 6 Uhr, Vorreit. 8 Uhr.
Sonst. Mont. u. Donnerst. nach der Solire: **Tanz.**

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchester des Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**

WINTER GARTEN

Neues Programm.
Agnes Sälher, norweg. Soubrette.
Miss Votana, Schulerleiterin.
Eilmanns Alpen-Gesangs- u. Tanz-Quintett.
Jim und Jam, komische Akrobaten.
Die Biseras, weibl. Trompetercorps.
Urban u. Sohn, akrob. Produktion.
Pia Carozzi, Harfen-Virtuosin.
Diana, amerik. Spiegel tänzerin.
Adele Moraw, Soubrette.
Charles Baron in seiner Scene: „Im Löwenkäfig“.
Allison-Truppe, ikarische Spiele.
„Der Schönheitspreis“ Ballet-Divert. Biograph.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 78-77
Obstschön! (Ringb.-St.). Ob Regen!
Täglich das unerreichte Juni-Programm! Robert u. Vertram. Clown Dolla. Fritz Brand. Cafe-Ball. Bocaccio-Lrio etc.
Sonntags, Sonntag u. Montag Tanz

Neue Welt

Saatenheide 108/114. Arnold Scholz.
Mittwoch, den 10. Juni 1903:
Grosses Kinder-Freudfest
verbunden mit Gratis-Verlosung.
Hauptgewinn für Strassen:
Eine silberne Remontoir-Uhr.
Hauptgewinn für Mädchen:
Eine silberne Damen-Uhr.
Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72. Ede Meganderstr.
Bei güt. Witterung im Garten.
Anthropos, der künstliche Mensch.
Paul Ybbs, Kunst-Imitation.
H. Schanz, Gekoch. Bendi, Marion.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.

Achtung, Vereine!

Juni, Juli, August, (auch im Herbst) noch Sonnabende zu Theater, Ballen und Sommerfesten frei unter ganz günstigen Bedingungen frei. 17182*
F. Scholz' Festsäle und Garten
Gr. Frankfurterstr. 74.
Auch steht mein Saal zu Versammlungen zur Verfügung. Jeden Sonntag **Großer Ball.** Anfang 4 Uhr.

Dr. Schünemann,

Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
12—1/2, 3, 6—1/2, 8, Sonnt. 9-11.

Erster Wahlkreis.
 Heute, Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, in Cohns Festfäden,
 Douthstr. 19/21:
Öffentliche Wähler-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Georg Ledebour** über: „Die Reichstags-
 wahlen.“ 2. Diskussion. — Ansprache des Kandidaten **Dr. Leo Arons.** 208/4
 Zahlreichen Besuch erwartet **Das Komitee.**

2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Wählerversammlungen:

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr, in Kliebs Festfäden, Hasenheide 13/15:
 Referent Genosse **Georg Ledebour.**
 Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr, im „Wilhelm-Theater“, Friedrichstraße 236:
 Referent Genosse **Dr. Alfred Bernstein.**
 Freitag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, in der „Berliner Volkbrauerei“, Tempelhofer Berg:
 Referent Genosse **Paul Singer.**
 Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 Uhr, im „Wilhelm-Theater“, Friedrichstr. 236:
 Referent Genosse **Arthur Stadthagen.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:
 „Die Reichstagswahlen und die bürgerlichen Parteien.“
 Recht zahlreichen Besuch erwartet [210/11*] **Das Wahlkomitee.**

Dritter Wahlkreis.
Wähler-Versammlungen

Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr,
 1. im Lokale des Herrn **Jannaschk**, Inselstraße Nr. 10.
 Referent: Redakteur **Georg Bernhard.**
 2. im „**Märkischen Hof**“, Admiralstr. 18e. Referent: **Dr. J. Zadek.**
 Tagesordnung in beiden Versammlungen:
 1. Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl. 2. Diskussion.
Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, 212/5*
 1. im großen Saale von **Buggenhagen**, am Moritzplatz.
 Tagesordnung:
 1. Die bevorstehende Reichstagswahl und unsre Gegner. Referent Genosse
Paul Singer. 2. Diskussion.
 2. im Lokale des Herrn **Feuerstein**, Alte Jakobstr. 75:
 Tagesordnung:
 1. Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl. Referent:
Dr. Paul Bernstein. 2. Diskussion.
 Außer den Referenten wird auch der Kandidat **Wolfgang Heine** eine Ansprache halten.
 Hege Beteiligung von Wählern aller Parteien erwartet **Das Wahlkomitee.**

Vierter Wahlkreis.
Zwei Wähler-Versammlungen
 in den Lokalen

Sanssouci, Kottbuser-Straße Nr. 4a. **Urania**, Wrangel-Straße Nr. 10-11.
 Referenten: Die Reichstags-Abgeordneten
Richard Fischer und **Wilhelm Pfannkuch.**
 Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstags-Wahl. 2. Diskussion.
 Hege Beteiligung von Wählern aller Parteien erwartet
 214/17* **Das sozialdemokratische Wahlkomitee.**

V. Kreis!
 Freitag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Gr. öffentl. Wähler-Versammlung
 bei **Leydecker**, Sophienstraße 34.

Tages-Ordnung:
 1. Die Verbrüderung der Freisinnigen und Antisemiten.
 Referent: Reichstags-Kandidat **Robert Schmidt.** 217/10*
 2. Diskussion.
Wähler aller Parteien sind eingeladen.
 Zahlreichen Besuch erwartet **Das Wahlkomitee.**

Socialdemokratischer Wahlverein
der Frauen Berlins u. Umg.
Versammlungen.

Mittwoch, den 10. Juni, bei **Herrmann** (früher Cohn), Douthstr. 19. Referentin: Genossin
Dr. M. Hofmann über: Die Entwicklung der Frau zur Socialdemokratie.
 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
Donnerstag, den 11. Juni, bei **Wernau**, Schwedterstr. 23. Referent: Stadtverordneter **Hugo**
Heilmann. 181/9*
Freitag, den 12. Juni, im Lokale **Königsbank**, Große Frankfurterstraße 117. Referentin:
 Genossin **Dr. Wally Zepior.**
 Mitglieder erhalten gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte eine Broschüre gratis.
 Männer und Frauen als Gäste sind willkommen. **Der Vorstand.**

Charlottenburg.
 Donnerstag, den 11. Juni 1903, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Rosinenstraße Nr. 8:
Wähler-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Stadtverordneter **Fritz Zubell.** Freie Diskussion.
 203/5 **Das Wahlkomitee.**

Stukkateure.
 Mittwoch, 10. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saale des Central-Arbeitsnachweises,
 Gormannstraße 13:

Allgemeine Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Verlesung des Wahlreglements. 2. Feststellung der zur Wahl stehenden Kandidaten-
 listen. 3. Wahl der Schlichtungs- resp. Arbeitsvermittlungs-Kommission auf Grund des Tarifvertrages vom
 16. Mai 1903. 4. Verschiedenes. 175/10*
 Eingelassen werden nur Kollegen gegen Vorzeigung ihres betreffenden Organisations-Mitgliedsbuches oder
 der Individualitätskarte. — Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.
Der Einberufer.

Droschkenkutscher!
 Heute, Mittwoch, 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
 Engel-Ufer 15:
Öffentliche Protest-Versammlung
 gegen die in jüngster Zeit
 gegen Kutscher verhängten hohen Strafbefehle.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Syndikus des Vereins Berliner Droschkenkutscher Herrn
 Rechtsanwalt **Oskar Schreier.** 187/85
 Sämtliche Fuhrwerksinteressenten laden wir hiermit zu dieser Ver-
 sammlung ein. **Das Agitationskomitee.**

Goldleisten.
 Tüchtige Vergolder für Bronze und
 Metall (loset, bauernd, bei hohem
 Lohn gesucht. Nur erste Kräfte wollen
 sich melden. 177/82*
A. H. Freiberg u. Co.,
 Deutsche Amerikanische Leistenfabrik
 Oberkasseler-Düffelort.
Gewerbegericht zu Berlin.
 In der Streitfrage der Stukkateure
 ist auf Grund der Vorschläge in der
 Sitzung vom 16. Mai 1903 vor dem
 Einigungsamt des Gewerbegerichts
 zu Berlin, nach zuvor erfolgter An-
 rufung durch beide Teile,
 ein Tarif
 zwischen den Parteien vereinbart
 worden, welcher in Gemäßheit des
 § 70 des Gewerbegerichts-Gesetzes im
 „Gemeindeblatt“ öffentlich bekannt
 gemacht worden ist.
 Tarif für die Stukkateurgehilfen
 Berlins und Vororte.
 Arbeitszeit bei Lohn- und Accord-
 arbeit für Bau und Werkstatt
 8 1/2 Stunden (von 7 Uhr früh bis
 5 Uhr nachmittags, 1/2 Stunde Früh-
 stück, 1 Stunde Mittag).
 Minimallohn bei Lohnarbeiten für
 Bau pro Tag 7 Pf.
 Die Accordarbeiten sind spezifiziert
 unter:
 A) Innen-Anscharbeiten.
 B) Innen-Zugarbeiten und
 C) Fassadenarbeiten.
 D) Werkstattarbeiten.
 8 1/2 Stunden tägliche Arbeitszeit.
 Mindestlohn pro Tag:
 für Hieber 4,50 Pf., vom 1. Mai 1904
 ab 4,75 Pf.,
 für Former 5 Pf., vom 1. Mai 1904
 ab 5,25 Pf.,
 für Hieber und Robestarbeiter 5 Pf.,
 vom 1. Mai 1904 ab 5,25 Pf.
 Ueberstunden, die der Tagesarbeit
 folgen, werden bis 9 Uhr mit 25 Proz.,
 Nachtarbeit und Sonntagsarbeit mit
 50 Proz. vergütet.
 Der freien Vereinbarung zwischen
 Arbeitgeber und den Ausgelernten
 bleibt überlassen, auf die Dauer von
 1 Jahr den Lohnsatz zu bestimmen.
 Es ist hierbei berücksichtigt, daß der
 Ausgelernte in demselben Betriebe
 verbleibt.
 Bei Cementarbeiten 50 Pf. Zuschlag
 pro Tag.
 Bei ein Werkstattharbeiter als solcher
 arbeiten auf dem Bau auszuführen,
 so sind dieselben extra zu vergüten.
 Ueberstunden für Accordarbeit bleibt
 der freien Vereinbarung überlassen.
 Allgemeine Bestimmungen.
 Die Einrichtung eines paritätischen
 Arbeitsnachweises ist zu bewirken.
 Als Mitglieder sind zu wählen fünf
 Arbeitgeber und fünf Arbeitnehmer.
 Die Wahl der Arbeitnehmer erfolgt
 mittels Proportionalwahlen durch
 Listenwahl.
 Es soll ferner eine Schlichtungs-
 Kommission, bestehend aus 5 Arbeit-
 gebern und 5 Arbeitnehmern, durch
 dieselbe Proportionalwahl erwählt
 werden. Diese Schlichtungs-Kom-
 mission hat die Befugnis, alle ge-
 werblichen Streitigkeiten, namentlich
 solche welche eventuell zu Streiks
 und Anshperrungen führen können,
 zu schlichten. Die Kommission soll
 auch einen Tarifvertrag Entwurf
 rechtzeitig vorlegen. Wenn die Kom-
 mission die Streitigkeit nicht schlichten
 kann, oder der neue Tarifvertrags-
 Entwurf die Billigung nicht findet, so
 ist unverzüglich das Einigungsamt
 anzurufen.
 Nachregelungen wegen des Streiks
 dürfen seitens der Arbeitgeber nicht
 vorgenommen werden, ebensowenig
 darf eine Behelligung derjenigen
 Stukkateure stattfinden, welche wäh-
 rend des Streiks gearbeitet haben.
 Dieser Vertrag hat Gültigkeit für
 die Dauer von zwei Jahren, und
 zwar bis 15. Mai 1905 und soll jedes-
 mal auf ein Jahr weiterlaufen, wenn
 nicht seine Kündigung 3 Monate vor
 Ablauf stattfindet.
 Der Tarifvertrag gilt nicht bloß für
 die Centralorganisation der Stukka-
 teure Deutschlands, Nilsale Berlin,
 sondern auch für die freie Vereinigung
 der Stukkateure Berlins und
 Umgebung, wie dies hiermit aus-
 drücklich bekräftigt wird.

Schlennige
 Räumung der Lagerbestände
 in Herren-Stoffen
 für Anzüge, Paletots, Kinder-
 anzüge usw. beabsichtigen 1527/2*
Koch & Seeland
 Tuchfabrik-Niederlage
 Berlin C., Rosstr. 2.

7165L*
Damenuhren und
Goldwaren
 zum halben Preise im
Ausverkauf
 des Uhrmacher Barth'schen
Konkurslagers,
 Chausseestr. 21.

1711L*
Sofastoffe
 Riesenauswahl aller Quali täten.
 Wolle, Reste Moquettas,
 Plüsch, Satteltaschen.
 Muster bei näherer Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.

Stepdecken
 kauft man am preis-
 wertesten nur direkt
 in der Fabrik, 72 Woll-
 straße 72, wo auch alle
 Stepdecken aufgearbeitet werden.
S. Strohmandel, Berlin 14.
 Illustrierter Preisatlas gratis.

Baustellen i. Erkner, Peter
 84 Pf.,
 Neu-Zittau 50 Pf., Dabendorf in Bau-
 Komens 72 Pf., bei Grünau 143 Pf.
 vert. unt. realen Zahlungsbedingungen
Schulz, Nigdorf, Venustr. 12/13, v. III.

DIE
REICHSTAGSWAHL
 Extra-Nummer des
SIMPLICISSIMUS
 erscheint am 10. Juni — 12 Seiten Illustrationen und
 Text. Preis 40 Pf. — Ueberall vorrätig; direkt vom
 Verlag Albert Langen in München für 45 Pf. in Marken.

Wir empfehlen: 233/6*
Wahl-Postkarten in 2 Ausführungen.
 1. So muß es kommen.
 2. Das freie Wahlrecht ist das Heilchen...
 schwarz 100 Stück R. 3.—; 500 Stück R. 12,50; 1000 Stück R. 30.—
 koloriert 100 5.—; 500 22,75; 1000 45.—
 Diese Postkarten werden am Wahltag viel verlangt werden.
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69.

Monatlich
Credit. — 10 Mark —
 liefert Anzüge,
 Paletots
 nach Maß.
 Der Kasse allerbilligste Preise.
 Wer selbst Stoff hat v. 20 R. an.
J. Tomporowski, Schönebergstr.,
 Prinzenstr. 55.
Land 2 Mark. färbestlicher
 Borort, Boden-
 Abzahlung Bar-
 zelle 60 Pf.
 300 Mark, nur mündlich, verkauft
Hinsche, Wilmannsstr. 1. (10132)*

Prozess gegen die Pommernbank.

In der gestrigen Sitzung kam es zunächst zu lebhaften längeren Erörterungen über die bei der Reorganisation der Pommernbank getroffenen Sanierungsmaßnahmen.

Bankdirektor Dernburg nimmt das Wort zu längeren Ausführungen zur Bekämpfung des gestern abgegebenen Gutachtens der Sachverständigen Bergmann und Gorki. Er legt auseinander, daß nach den Ermittlungen der Kommission an den Deckungshypotheken ein Verlust von 16 000 000 M. und an den freien Hypotheken ein Verlust von 2 000 000 M. eingetreten sei.

Die Debatte hierüber ist eine außerordentlich lebhafte. Außer Herrn Direktor Dernburg beteiligte sich hieran auch wiederholt der Angeklagte Schulz in besonders nachdrücklicher Weise.

Die Debatte hierüber ist eine außerordentlich lebhafte. Außer Herrn Direktor Dernburg beteiligte sich hieran auch wiederholt der Angeklagte Schulz in besonders nachdrücklicher Weise. Er wünscht zu wissen, wo die Immobilien-Verkehrsbank gebildet sei, und behauptet, daß diese von den Großbanken einfach an die Wand gedrückt worden sei.

Auf Befragen erklärt Sachverständiger Bergmann, daß die vom Angell. Schulz gemachten Darlegungen ohne Zweifel richtig seien. — Sachverständiger Bacherrevier Sachmann erklärt, daß er sich dem Bergmann'schen Gutachten nicht anschließen könne. — Der Vorsitzende beendet diese Diskussion mit der Bemerkung: Die Beweisaufnahme habe nicht den Zweck, daß sich die Sachverständigen gegenseitig überzeugen. Es werde Sache des Gerichts sein, die Sachverständigen-Gutachten seinerseits zu würdigen.

Hieraus wird auf das gestern angeschnittene Thema „Verluste bei der Streichbank“ übergegangen. Auf die gestrigen Ausführungen des Direktors Guttman äußert sich in ausführlicher Rede der Angell. Romeid, um darzulegen, daß bei der Streichbank alles ordnungsmäßig zugegangen sei, daß von einem Verlust von 12 555 166 M. keine Rede sein könne, und daß etwa wirklich eingetretene Verluste nicht auf das Konto der Angeklagten zu setzen seien. Auf Erfragen des Angeklagten Romeid äußert sich Bacherrevier Kruse über die Verluste der Streichbank. Nach Ausweis der Bücher verringerte sich der in der Anlage berechnete Verlust von 12 555 166 M. dadurch, daß der Streichbank von der Pommernbank in bar 1 000 000 M. gegeben sind, auf 11 555 166 M. Von diesem Betrag seien vor allen Dingen, wie auch der Sachverständige Reuter dies in seinem Gutachten getan habe, diejenigen Streich-Aktien im Nominalbetrage von 6 175 000 M. in Abzug zu bringen, welche der Streichbank von der Pommernbank abgezogen sind.

Die Verhandlung wendet sich hierauf einem Fall zu, der dem Angell. Schulz als Untreue angelegt wird. Es handelt sich hier um das Terrain in Wilmersdorf, Bayerische Straße. Die hypothetische Unterlage, wie sie die Anlagebehörde gegeben, ist folgende: Der Angell. Schulz hatte sich durch Vertrag vom Jahre 1891 auf ein Terrain in Wilmersdorf ein Optionsrecht gekauft, wonach er dieses Terrain innerhalb einer bestimmten Zeit für 800 000 M. übernehmen konnte. Im Jahre 1894 hat er von diesem Optionsrecht Gebrauch gemacht und die Auflassung erhalten. Von dem Bestande des Terrains von 6,8895 Hektar wurden der Gemeinde Wilmersdorf 1,6181 Hektar als Straßenland aufgegeben, so daß ein Rest von 5,2714 Hektar verblieb. Im August 1894 wurde das Terrain in 4 Blöcke zerlegt und mit zusammen 1 900 000 M. Grundschulden belastet. Die auf das Terrain gemachten Aufwendungen befreiten sich auf 285 000 M. Die gesamten Selbstkosten also auf 1 085 000 M. Die Mittel zum Ankauf hat sich Schulz auf dem Umwege über die Immobilienbank von der Pommernbank verschafft. Am 24. August 1897 verkaufte er das ganze Terrain für 3 400 000 M. an die von ihm ins Leben gerufene und mit 100 000 M. Kapital ausgestattete Immobilien-Erwerbs-Gesellschaft, von deren 400 Anteilen ihm damals 302 gehörten. Um den Kaufpreis bar zu erhalten, belieh er das Terrain in seiner Eigenschaft als Direktor der Streichbank mit 3 547 000 M. und stellte sich dadurch einen Bargewinn von 2 315 000 M. sicher. Bei diesem Geschäft ist nach Ansicht der Anlage das Vergehen der Untreue mehrfach, und zwar sowohl gegen die Pommernbank wie gegen die Streichbank begangen. Nach Ansicht der Anlagebehörde dürfte Schulz nicht ein ertragloses Terrain, dessen Selbstkostenpreis mit 1 085 000 M. er kannte, mit 1 900 000 M. auf dem Umwege über die Immobilien-Verkehrsbank belasten, und er dürfte ferner nicht dieses Terrain durch die Streichbank mit 3 547 000 M. beliehen, weil ihm bekannt war, daß die Schuldburden nur ein Vermögen von 100 000 M. bezog, während die Hypothekenzinsen eines einzigen Jahres, zu 4 Proz. berechnet, 141 880 M. betragen.

Die Erörterungen hierüber nehmen einen sehr breiten Raum ein. Der Angeklagte Schulz sucht in längeren Ausführungen die Anlage zu widerlegen.

Ueber den Wert des Terrains werden mehrere Zeugen und Sachverständige vernommen. Es ergeben sich bei diesen Vernehmungen sehr große Gegensätze zwischen dem Kaufwert und dem durch Schätzung konstruierten Wert. Während beispielsweise der als Sachverständige vernommene Hypothekensachverständiger Gorki in Nebereinstimmung mit den Schätzungen der gerichtlichen Sachverständigen den Wert der Quadratrute auf 2000 M. schätzt, kommt der Direktor der Wilmersdorfer Terraingesellschaft Herr Eichwald auf einen Durchschnittspreis von 630 M.

Schulz behauptet, daß, wenn er nicht verhaftet worden wäre, die Entwicklung eine ganz andre gewesen wäre. So habe nur er allein einen Schaden erlitten und müsse sich nun auch noch gegen den Vortwurf der Untreue verteidigen. — Staatsanwalt Weid: Herr Schulz, wie können Sie so etwas behaupten; Sie haben bei dem Geschäft doch 2 1/2 Millionen eingekassiert. — Angell. Schulz: Darauf kommt es gar nicht an. — Staatsanwalt Weid: Wir aber sehr! — Auf die wiederholte Ausführung, daß die Zinsen gedeckt werden könnten, verweist Staatsanwalt Weid auf ein Geschäft, wo die Immobilien-Erwerbsgesellschaft ein Terrain in Niddorf in der Germaniastraße im Oktober 1897 für 1 080 035 M. erworben und gleich darauf für 1 971 000 M. beliehen erhalten habe. Auf diese Weise seien ihr die nötigen Mittel zugeflossen. Das sei eine Art Falschmünzerei. — Der Angeklagte protestiert hiergegen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 9 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 Uhr: Wählerversammlung im Brandenburger Hause, Mohrenstr. 47. Referent: Kandidat Dr. Leo Krons. — Morgen Donnerstag, den 11. cr., abends 8 Uhr, in Cohus Festhallen, Deutschstraße 19/21: Wählerversammlung. (Näheres morgiges Inserat.)

Zweiter Wahlkreis. Wähler-Versammlungen tagen heute, Mittwoch, den 10. d. M., im Lokal von Altem, Hafenside 18/15, Referent: Genosse Georg Ledebour; und im Lokal „Wilmersdorfer“, Friedrichstraße 236, Referent: Genosse Dr. Alfred Bernstein. Tagesordnung: Die Reichstagswahlen und die bürgerlichen Parteien. — Recht zahlreichen Besuch erwartet. Das Wahlkomitee.

Das Central-Wahlkomitee des zweiten Kreises befindet sich bis 15. Juni im Restaurant von Paul Scholz, Joffenerstr. 1, Ecke Paruthstr. 22.

Dritter Wahlkreis. Achtung Parteigenossen! Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, finden im „Nächtigen Hof“, Admiralstraße 180 und bei Jannasch, Inselstraße 10, Wählerversammlungen statt. Die Genossen Dernburg und Dr. Jabel werden über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl sprechen. Außerdem Diskussion. Der Kandidat Wolfgang Heine wird ebenfalls eine Ansprache halten. Die Genossen werden ersucht, für regen Besuch der Versammlungen zu agitieren. Das Wahlkomitee.

Sechster Wahlkreis. Diejenigen Genossen, welche dem Wahlverein nicht angehören, jedoch gewillt sind, am Tage der Wahl der Partei ihre Kräfte zur Verfügung zu stellen, werden ersucht, sich umgehend an folgenden Stellen zu melden: Karl Fischer, Waldstraße 8; Eugen Gabron, Kolbergerstr. 31 (Milchgeschäft); Rudolf Arendsee, Vohsenstr. 9 I; Fritz Frapp, Soldinerstr. 89 I; Albert Brandt, Ziedstr. 23a, Hof III; Joh. Hönisch, Stargarderstr. 13 I. Das Wahlkomitee.

Socialdemokratischer Wahlverein der Frauen Berlins und Umgegend. Die letzten Versammlungen vor den Wahlen finden statt: Mittwoch, den 10. Juni, bei Herrmann (früher Cohn), Deutschstr. 19. Referentin: Genossin Dr. M. Hofmann. Donnerstag, den 11. Juni, bei Wernau, Schwedterstr. 23. Referent: Stadtverordneter Hugo Heimann. Freitag, den 12. Juni, im Lokale Königskanal, Gr. Frankfurterstraße 117. Referentin: Genossin Dr. Wally Jopler. Mitglieder erhalten gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte eine Proschüre gratis. Der Vorstand.

Rigsdorf. Mittwoch, den 10. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, zwei Volksversammlungen: 1. im Lokale des Herrn Gröpler, Bergstraße 147; 2. im Lokale des Herrn Thiele, Bergstraße 152. Tagesordnung: 1. Die Gegner vor und nach der Reichstagswahl. 2. Diskussion. Referenten: Genosse Redakteur Ströbel; Genosse Albrecht Kalle. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Treptow-Baumhulenkweg. Der Wahlverein hält für den Bezirk Treptow morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Bod. Kiehlstr. 6, einen Wahlabend ab. Da in dieser Zusammenkunft über Versammlungen, Verteilung der Posten am Wahltag und andres verhandelt wird, ist zahlreicher Besuch aller in Treptow wohnenden Genossen erforderlich.

Friedenau. Am Donnerstag, den 11. Juni 1903, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gesellschaftshaus, Rheinstr. 14, eine öffentliche Wähler-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die feige Kandidatenliste unserer Gegner und Herrn Hammers Kandidatenrede“. Referent: Dr. Albrecht. 2. Freie Diskussion. Die Gegner, besonders die Herren Hammer und Dr. Meinede, sind hierzu eingeladen. Genossen! agitiert für zahlreichen Besuch.

Groß-Lichterfelde. Heute abend 8 Uhr findet bei Richter, Chausseestraße eine Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Seitens der Konservativen ist zum Donnerstagabend 8 Uhr im Pabillon, Chausseestraße, eine öffentliche Wählerversammlung einberufen. Da die Einladung an alle Wähler gerichtet und dem socialdemokratischen Redner eine einstündige Redezeit garantiert worden ist, ergeht an die Arbeiterschaft das Ersuchen, um zahlreichen Besuch dieser Versammlung. Der Vorstand.

Bozhangen-Rummelsburg. Mittwoch, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Café Bellevue: Öffentliche Wähler-Versammlung. Der Kandidat des Kreises, Stadtverordneter Arthur Stadthagen, der bisherige Vertreter im Reichstage, wird über „Die Aufgaben des Reichstages und die kommenden Wahlen“ sprechen. Gegner sind hierdurch besonders eingeladen. Freie Aussprache ist jedem zugesichert. Das socialdemokratische Wahlkomitee.

Lokales.

Zur Charakteristik der Freisinnigen sei folgender Vorfall mitgeteilt, der sich in einer Versammlung der „Freisinnigen Volkspartei“ am letzten Montag zutrug. — Die Versammlung tagte unter dem Vorsitz des Justizrats Cassel; Redner waren Schulrat Jwid, Malermeister Rettig und Cassel. Nachdem der Kandidat Jwid sein „Programm“ entwickelt hatte, ergriffen die Herren Rettig und Cassel das Wort, um die gemeinsten unwahren Verleumdungen wider die Socialdemokratie zu schlendern, die zur Genüge vom „Vorwärts“ widerlegt worden sind. Nach der Rede des Herrn Cassel meldeten sich zwei Herren zum Wort. Bevor Herr Cassel ihnen dieses ertheilte, machte er ausdrücklich darauf aufmerksam, daß man sich in einer freisinnigen Versammlung befinden und nur die Wähler eingeladen seien, die die Kandidatur des Dr. Jwid unterstützen wollten und empfahl den Herren, sich danach zu richten. Der erste Diskussionsredner war ein Herr Stuhnt. Er führte u. a. aus, daß er noch nicht wisse, wenn er seine Stimme geben werde und sich gestatten werde, verschiedene Anfragen an den Kandidaten zu richten, um über verschiedene Punkte Aufklärung zu erhalten. Den Herren schien der Name aus diesem Grunde nicht gefährlich, und man ließ ihn gewähren. Als er jedoch verschiedene für die Freisinnigen sehr unangenehme Punkte berührte und in treffenden Worten den Freisinn in wahrer Beleuchtung zeigte, so daß ihm ein großer Teil der Versammlung laut Weisfall zollte, da wurde den Herren am Vorstandstisch angst und bange und kurzerhand wurde der Redner, ohne vorher vom Vorsitzenden verwahrt zu sein, von einem Herrn aus dem Vorstände am Ärmel gepackt und mit dem Worten: „Machen Sie, daß Sie hier runter kommen, Sie reden ja doch bloß Unsinn!“ von dem Podium herunter transportiert. Um nicht einen Skandal zu provozieren, verließ der Herr ohne Zögern und offenen Widerpruch die Tribüne. Die Empörung über diese Handlungsweise war so groß, daß man ihr in wenig schmeichelhaften Worten Ausdruck gab und ein großer Teil der Versammelten den Saal verließ. Während der Rede wurde von den Freisinnigen mit Schirmen und Stöcken ein ohrenbeißender Lärm geschlagen, um die Ausführungen des Redners der Versammlung unverständlich zu machen.

Rein neuer Festfall. Die Meldung einiger Blätter, daß ein Wärter des Dr. Sachs ebenfalls an der Pest erkrankt wäre, bestätigt sich glücklicherweise nicht. Das Befinden des Wärters hat sich rasch gebessert, daß es jetzt als sehr gut bezeichnet werden kann. Das Fieber ist bereits ganz verschwunden, die Körpertemperatur auf 37 Grad gesunken. Abgesehen von diesen günstigen äußeren Er-

scheinungen haben auch die sofort vorgenommenen bakteriologischen Untersuchungen nach Kulturen den Pestverdacht nicht bestätigt. Das starke Fieber, von dem der Kranke gestern befallen war, ist zurückzuführen auf eine schwere Erkältung, die sich der Wärter während der Pflegezeit mit ihren außerordentlichen Anstrengungen zugezogen hat. Auch das Befinden der übrigen Beobachteten läßt nichts zu wünschen übrig. — Heute Vormittag trat der ständige Ausschuss von Sachverständigen und Vertretern der Behörden im Reichs-Gesundheitsamt wieder zu einer Sitzung zusammen. Um 2 Uhr findet im Kultusministerium eine neue Beratung statt.

Die Leichenhallen auf den hiesigen Begräbnisplätzen sind im Jahre 1902 zur Einstellung von 16 054 Leichen (gegen 16 927 im Jahre 1901) benutzt worden. Die Zahl der Verstorbenen und Totgeborenen betrug im Jahre 1902 32 586 gegen 35 897 im Vorjahre. Es sind somit 40,30 Prozent der im Jahre 1902 Verstorbenen gegen 47,15 Prozent im Jahre 1901 vor der Beerdigung in den Leichenhallen untergebracht gewesen. Auf den hiesigen Begräbnisplätzen waren Ende 1902 insgesamt 70 Leichenhallen vorhanden.

Geradezu skandalöse Verkehrsverhältnisse herrschen seit Einführung des neuen Sommer-Fahrplans auf der durch die Prenzlauer Allee nach Neu-Weißensee verkehrenden Strecke der Straßenbahn. Statt einer Verbesserung hat nämlich der Sommer-Fahrplan eine Verschlechterung gegen den Winterverkehr gebracht. Während früher die Linie 60 von Schöneberg aus bis Danzigerstraße verkehrte und außerdem die Linien 61 und 73 den Verkehr zwischen Rathaus und Neu-Weißensee vermitteln, ist jetzt lediglich die Schöneberger Linie bis nach Antonplatz bezw. Schloß Weißensee verlängert, daneben verkehrt nur zu bestimmten Tageszeiten eine eingelegte Linie 73. Daraus ergeben sich die schlimmsten Mängel. In den iverigsten Fällen nehmen die Wagen am Alexanderplatz und am Prenzlauer Thor noch alle wartenden Personen mit; unablässig schallt den Garrenden das „Besetzt“ der Schaffner entgegen. Auch auf der Fahrt nach der Stadt ist oft an der Treppenstraße kein Platz mehr. An Krähwinkel aber erinnern die Verhältnisse über die Danzigerstraße hinaus nach Neu-Weißensee. An der Danzigerstraße nämlich werden die Anhängewagen angehängt und der Motorwagen fährt die Strecke allein weiter. Sehr oft füllen die vom Anhänger in den Motorwagen übersteigenden Passagiere den Mittelgang des Motorwagens in seiner ganzen Länge. Wo bleibt da die Verkehrspolizei? Gestern mittag gegen 2,55 Uhr wurde der Anhängewagen Nr. 2688 trotz heftigen Protestes aus den Reihen der Passagiere ohne weiteres von dem Motorwagen 2089 abgehängt und alle Passagiere in den Motorwagen gezwängt; der Wagen hatte mindestens acht Personen überzählig. Wollen in solchen Fällen vom Bahnhof Prenzlauer Allee noch Passagiere mitfahren, so ist das unmöglich gemacht; aber auch bei der Rückfahrt müssen sehr oft Leute in Weißensee zurückbleiben, namentlich wenn auf einem der Friedhöfe Begräbnis stattgefunden hat. Die Verkehrspolizei thäte gut, einmal an der Danzigerstraße einen Beamten zu postieren, der einfach das Abhängen der Anhänger untersagt, wenn überzählige Passagiere vorhanden sind. Die „Große Berliner“ würde dann in kurzer Zeit einsehen, daß es besser wäre, ein paar Anhängewagen mehr auf der Strecke einzustellen und sie in jedem Falle durchzulassen zu lassen, statt sich in jedem Einzelfalle erst dazu zwingen zu lassen. Zur Verbesserung des Verkehrs zwischen Alexanderstraße und Danzigerstraße würde eine einfache Verlängerung der Linie 72 bis zur Danzigerstraße unter Mehrereinstellung weniger Wagen genügen. Die jetzigen Verkehrsverhältnisse in der Prenzlauer Allee sind jedenfalls unbillig.

Submissionsschlitten. Die Steinjarbeiten zur Abpflasterung des Mariannen-Platzes, Westseite Bethanien, zeitigte folgende Gebote: 1. G. Riedel 1823,20 M. 2. D. M. Krelow 504,30 M. 3. D. Heinrich 2294,10 M. 4. W. Güllner 2785,20 M. 5. G. Krüger 4526,90 M. 6. R. Schönwetter 5791,60 M. 7. J. Jirsch 6568,90 M. Nach dem Mindestgebot hatte Herr G. Riedel die Arbeiten zur Ausführung übertragen bekommen. Wiedermur zeigen diese kolossalen Preisunterbieds-Gebote bei einem verhältnismäßig kleinen Objekt, in welcher leichtfertiger Weise Gebote zur Übernahme von Arbeiten gemacht werden, um ad oculos zu demonstrieren, wie dringend notwendig die Befestigung des Submissionswesens ist.

Ein trauriges Ende. Die 63 Jahre alte Frau Julie Herberg, die Witwe eines Feuerwehmannes, verlor vor vier Jahren ihren Mann durch den Tod, bezog seitdem monatlich 22 M. Armenunterstützung und wohnte bei einer Witwe in der Schönhauser Allee 160. Eine ihrer Bekannten teilte nun der Armenkommission mit, daß sie Vermögen habe und die Unterstützung gar nicht brauche. Daraufhin wurde ihr das Armegehalt vor zwei Monaten entzogen. Frau Herberg beteuerte, daß die Anzeige nicht der Wahrheit entspreche, daß sie vielmehr nichts besitze, und bemühte sich, die Unterstützung wiederzubekommen. Bevor jedoch auf ihre Eingaben eine Entscheidung getroffen wurde, machte sie ihrem Leben ein Ende. Gestern, Dienstag, morgens fand ihre Witwe als Leiche am Bettsoffen hängen. Die Verstorbenen war seit zwei Monaten mit der Miete im Rückstand. Bei der Arbeit vom Tode überrascht wurde der 37 Jahre alte Darmstädter Max Wende aus der Ackerstr. 165, der auf dem städtischen Schlachthof beschäftigt war. Dort brach er gestern nachmittag plötzlich zusammen und verfiel auf der Stelle. Ein Arzt, der zu Hilfe gerufen wurde, konnte nur noch den Tod feststellen, der wahrscheinlich durch einen Herzschlag herbeigeführt wurde.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurde die Leiche der sechs Monate alten Tochter Erna des Postboten Diebendahl aus der Köpenickerstr. 86. Frau Diebendahl war am Sonnabend bis 12 Uhr nachts ausgeblieben, da ihr Mann bis dahin Anbändienst hatte. Als Diebendahl dann nach Hause kam, war das kleine Kind, das einige Tage vorher geimpft worden war, noch wach. Die Eheleute legten sich nun bald zur Ruhe und dachten unmittelbar vorher die kleine, die im Kinderwagen lag, bis über die Brust zu. Als sie am nächsten morgen um 6 Uhr aufwachten und sich nach ihr umsahen, war sie tot. Sie hatte sich die Decke bis über den Mund hinaufgezogen und war erstift. Der Arzt konnte nicht mehr helfen.

Berunglückter Dachdecker. Bei dem Ziegeldachausbessern an dem Hause Wehrenstr. 66 (zum Kriegsministerium gehörig) stürzte Dienstagvormittag 10 1/2 Uhr der Dachdecker Albin Kretschmer jr., Reinickendorferstr. 20 a, vom Dache auf den Hof, wobei er sich schwere innere und äußere Verletzungen zuzog. Er wurde per Krankenwagen nach dem Krankenhaus Moabit geschafft. Der Verunglückte ist verheiratet und Vater zweier Kinder im Alter von drei und fünf Jahren. Dieser Fall beweist wieder, wie nötig die Anbringung von Schutzvorrichtungen auch bei Reparaturen an bereits bewohnten Dächern ist.

Ershossen hat sich gestern morgen im Grunewald in der Nähe der Erholungsstätte vom Roten Kreuz in Eißlamp ein dem Arbeiterstande angehörender Mann im Alter von 30-33 Jahren. Neben der Leiche lag ein ziemlich neues Fahrrad. Visitenkarte und Steuerquittung lauten auf August Göndel.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Das Projekt eines Schiller-Theaters für Charlottenburg wird die Stadtverordneten-Versammlung am Mittwoch beschließen. Der Magistrat ersucht um die Ermächtigung, mit der Schiller-Theater-Aktiengesellschaft einen Vertrag über die Gewährung eines mit vier Prozent jährlich zu verzinsenden Darlehens in Höhe von 750 000 Mark an die Schiller-Theater-Aktiengesellschaft seitens der Stadtgemeinde zum Zwecke der Errichtung eines Schiller-Theaters in Charlottenburg abzuschließen. Die erforderlichen Mittel sollen aus Geldern der städtischen Sparkasse gegen einen Schuld-

schien der Stadt Charlottenburg nach vorher eingeholter Genehmigung des Regierungspräsidenten in Gemäßheit des § 48 unter a des Sparkassen-Statuts entnommen werden.

Die Kosten für Grundwerb und Bau des Theaters beziffern sich auf 2.100.000 M. Die von der Stadt herzuliehende Summe soll an zweiter Stelle hypothekarisch eingetragen und im Lauf von 25 Jahren, vom Jahre 1910 ab, amortisiert werden. Außerdem werden 4 Proz. Zinsen gezahlt. Als Gegenleistung stellt die Schiller-Theater-Gesellschaft als Sicherheit für die rechtzeitige Erfüllung ihrer Verpflichtungen eine Kaution von 100.000 M. in mündelbaren Papieren. Ferner liegen Bürgschaftserklärungen von 65 notorisch zahlungsfähigen Personen vor, durch welche die Zins- und Abzahlungen in den ersten zehn Jahren völlig gesichert sind. Die Gesellschaft verpflichtet sich, das Theater als ein Volkstheater unter Innehaltung der billigen Eintrittspreise des Schiller-Theaters zu führen und zu unterhalten. Ferner verpflichtet sie sich, Mittwochs- und Sonnabends Nachmittagsvorstellungen für die Schüler und Schülerinnen der beiden oberen Klassen der Charlottenburger Gemeindefschulen bis zur Zahl von 10.000 Kindern mientgeltlich zu veranstalten, ferner für die Schüler und Schülerinnen der übrigen öffentlichen und privaten Schulen zum Eintrittspreis von 50 Pfennig für die Person so oft als es der Magistrat für angemessen erachtet. Nach einer speziellen Berechnung repräsentiert die eine Leistung im Werte von 13.125 Mark im Jahre oder auf 25 Jahre berechnet eine Leistung im Werte von 318.125 M., welche die Schillertheater-Gesellschaft der Stadt Charlottenburg als Äquivalent für die Hergabe des Darlehens bietet. Das Darlehen selbst soll von 1910 ab mit jährlich 20.000 M. abbezahlt werden.

Rixdorf. Ein bedauernswerter Unglücksfall ereignete sich gestern auf dem Neuban Markt 8 in Rixdorf. Der 29 Jahre alte Maler Richard Steilandt stürzte in einen nicht vor-schriftsmäßig abgedeckten Treppenschacht, wobei er außer andern Verletzungen einen schweren Schädelbruch erlitt. Nachdem ihm in der Unfallstation XII die erste Hilfe zu teil geworden, wurde der Verunglückte in sehr bedenklichem Zustande nach dem Dräger Kreis-Krankenhaus gebracht. — Lange Krankheit und bittere Not haben den Arbeiter B. aus der Jägerstraße in den Tod getrieben. Er erhängte sich am Montagabend in seiner Wohnung. Die Leiche wurde polizeilich beiseitegenommen.

Anerkannte Beschwerden. Im Wahlkreise Ruppiner-Templin war bekanntlich eine große Anzahl von Ziegelei-Arbeitern die Aufnahme in die Wählerliste verweigert worden, weil sie als Saisonarbeiter nicht ihren ständigen Wohnsitz darstellten. Auf die Beschwerde des dortigen Vertrauensmannes hat nun der Landrat des Templiner Kreises, ein Herr v. Arnim angeordnet, daß sämtliche wahlberechtigten Ziegelei-Arbeiter in die Wählerlisten einzutragen sind. Somit verdanken es jene Arbeiter in erster Linie dem energischen Bemühen der Socialdemokratie, daß sie ihr Wahlrecht ausüben können.

Wahlkuriosum. Der Wirt eines Lokals in Vietmannsdorf bei Templin hatte den Parteigenossen seinen Saal zur Abhaltung einer Wahlversammlung zur Verfügung gestellt. Da der dortige konervative Amtsvorsteher der Versammlung weiter nichts in den Weg legen konnte, so suchte er den Wirt zu veranlassen, für die einmalige Hergabe seines Saales 100 Mark von den Genossen zu fordern, weil die socialdemokratische Partei „Geld wie Heu“ habe und infolgedessen auch „ganz gehörig bledchen“ könne. Die eble Absicht des braven Amtsvorstehers, seine Socialistenbekämpfung wenigstens in der „Sprengrung der Parteikasse“ zu betätigen, blieb jedoch ohne den gewünschten Erfolg, denn der Wirt begnügte sich mit einer Saalmiete von 20 M.

Die Nardenkötter als „geistige“ Hilfe der staatsverhaltenden Parteien. Am Sonnabend fand in Dramenburg im Viernannischen Saal eine überfüllte, wohl von mehr als 1000 Personen besuchte Versammlung statt, in der Stadthagen darüber referierte, was bei der Reichstagswahl auf dem Spiele steht. Etwa 100 Gegner aus bürgerlichem Lager und vielleicht 10 „Laienärzte“ unter Führung des Herrn Gerling (Dramenburg) ist der Sitz dieses Magnetiseurs, Hypnotiseurs und Naturheilverständigen hatten sich eingefunden. Der Vorschlag der bürgerlichen Parteien, einen aus ihrer Mitte in das Bureau zu delegieren, wurde abgelehnt. Der dem Vorsitzenden Genossen Haase mitgeteilten Absicht einiger, die Ruhe zu stören, trat der Vorsitzende durch Hinweis auf eventuellen Gebrauch des Hausrechts und Mitteilung von dem gegen den Amtsvorsteher Seeger und Genossen eingeleiteten Strafverfahren mit Erfolg entgegen. Stadthagen referierte ohne Störung. Stürmischer Beifall der Versammlung, in den auch ein Teil der Bürgerlichen einstimmte, zeigte, daß er der erwerbstätigen Bevölkerung zu seinem Appell, gegen die Reaktion zu kämpfen, aus dem Herzen gesprochen hatte. Nach dem Vortrage hat einer der Anhänger des Naturheilverfahrens den Referenten, auf die bekannten acht Fragen des Flugblattes einiger Gegner der „gelehrten“ Mediziner zu antworten. Stadthagen führte kurz an, daß diese Fragen ja zweifellos mit den brennenden Fragen des Wahlkampfes in keiner Beziehung stehen. Selbstverständlich sei er nicht für die von der Regierung jetzt durch Einschränkung der Gewerbefreiheit verlangten Maßregeln gegen ein verhängnisvolles Laien-Medizinerium. Es gebe unter den Laien manche, wie Haffing, die wohlthätig für die Gebung und des Menschen gewirkt hätten. Anders stehe es mit denen, die sich zu dem Flugblatt bekamen. Die dortigen Ausführungen seien reaktionär und verlangen unter dem Vorzeichen für Heilung zu sorgen, freie Bahn für das Nardenkötterium, die schlimmste Kurpfuscherei. So sei es reaktionär, sich nicht für die freie Zulassung der Frauen zum Medizinstudium zu erklären. Es sei eine reaktionäre Beschränkung der Wissenschaft, wissenschaftliche Experimente an Tierkörpern untersagen zu wollen. Den Gipfel der Reaktion erklimme aber die erste Flugblattfrage, die verlange, man solle sich gegen das „Kurpfuschertum der gelehrten Mediziner“ wenden. Er sei gegen jedes Kurpfuschertum. Leider werde dies durch die so geringe Schulbildung in naturwissenschaftlichen Dingen, durch Geheimtunerei vieler Mediziner, durch das Gebahren vieler Mediziner als „Vertrauensärzte“ mancher Berufsgenossen und Fabrik-Krankentassen, sowie durch die krankhaften feindseligen Stellung vieler Ärzte erheblich gefördert. Ganz entschieden wende er sich aber gegen das Kurpfuschertum derer, die für ihr Vorgehen, heilen zu können, nichts anzuwenden hatten, als daß sie Gegner der Mediziner sind und nichts gelernt haben. Das seien Betrüger gegen das Volkswohl, vor denen, trotz der vielfachen, starken, teilweise berechtigten Abneigung gegen Ärzte nicht energisch genug gewarnt werden könnte. Hüten Sie sich und die Ihrigen vor solcher Quacksalberei und Kurpfuscherei, schloß Stadthagen seine mit Beifall aufgenommenen Bemerkungen. Nunmehr meldete sich Herr Gerling zum Wort. Seine Ausführungen waren offenbar darauf berechnet, die Anwesenden zu reizen. Es gelang aber dem Vorsitzenden trotzdem, ihm Gehör zu verschaffen. Er erklärte: Der Wahlkreis wird ja den Socialdemokraten zufallen, aber er wolle doch die Stellung der bürgerlichen Parteien klären. Stadthagen habe die Gegner „Schufte, Lumpen, Spießbuben“ (Rufe: Das ist ja unwahr!) nicht genannt, aber ihnen doch so etwas imputiert. Sie predigen Haß und werden niemals Liebe ernten. Die Kampfesweise ist eine unwürdige. So schlimm ist die Lage doch nicht. Hungers-toden wird auch in der Zukunft niemand. Die Arbeitslosigkeit hat in den letzten Jahren nur 2 1/2 Proz. betragen. (Beifolgte Unterbrechungen.) Auch der geistige Arbeiter habe Lasten. Die Lasten der Arbeitgeber sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Soll man etwa die Großgrundbesitzer aufhängen? (Stürmische Unterbrechung.) Der Vorsitzende verlegt die Versammlung auf 5 Minuten. In der wiedereröffneten Debatte ergreift Frau Blankenburg das Wort. Sie legt dar, was Herr Gerling Stadthagen in den Mund gelegt habe, ist ja durchweg unwahr. Darauf erhält Stadthagen das Wort. Herr Gerling führt er aus, näherte sich früher der Socialdemokratie. (Herr Gerling: Das ist nicht wahr.) Stadthagen: Im Jahre 1893 suchten Sie mich auf der Redaktion des „Vorwärts“ auf. (Gerling: Rüge, Verleumdung, Lump usw.) Der Gensdarm löste die Versammlung auf. Am folgenden Tage fand sich Herr Gerling in Liebenwalde in einer Sitzung der

Konferatiben als deren „Vertrauensperson“ ein. In dieser Eigenschaft versuchte er mit Erfolg, einem Genossen das Lokal zu verweisen.

Rekte Eideshelfer haben die Konferatiben.

Wahlveranstaltungen.

Erster Wahlkreis. Da unser Genossen in der verkehrsreichsten Gegend der Friedrichstadt kein großer Saal zur Verfügung sieht, mußten sie mit den „Akademischen Bierhallen“ in der Dorosteenstraße 97 vorlieb nehmen, um dort eine öffentliche Wähler-versammlung abzuhalten. Die zu Montag dort einberufene Wähler-versammlung war schon frühzeitig polizeilich abgeperert, denn das Lokal erwies sich bei weitem nicht ausreichend für die erschienenen Wähler. Viele Hunderte mußten umkehren. Vor einem dicht gedrängten Auditorium hielt der Kandidat des Kreises, Genosse Krons, eine 1 1/2 stündige martige Rede, in welcher er besonders mit den freisinnigen eine scharfe Abrechnung hielt. Insbesondere befahte sich der Vortragende mit den Widersprüchen und unlogischen Redensarten, welche der Kandidat der freisinnigen Volkspartei, Herr Stadtrat A. D. Kämpf, in einer der letzten freisinnigen Wähler-versammlungen über die Bestrebungen und Ziele der Socialdemokratie gemacht hat, sowie ferner mit einem von den Parteifreunden des Herrn Kämpf herausgegebenen Flugblatt. Redner wies, gestützt auf die Forderungen unseres Programms, überzeugend nach, daß nur die Socialdemokratie eine Gewähr dafür bietet, daß die Volksrechte erhalten, beziehungsweise erweitert werden. (Draufender Beifall.) Da Gegner sich nicht zum Worte meldeten, so appellierten die Genossen Schütte und Appel in berechneten Worten nochmals an die Anwesenden, dahin zu wirken, daß der Vertreter der Socialdemokratie gewählt werde. Mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie, an das sich Hohnrufe von den Kandidaten Genossen Krons anschlossen, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine impotente Wähler-versammlung für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis tagte am 8. Juni bei Keller in der Koppensstraße. Den großen Saal und seine Galerien füllten mehr als zweitausend Personen bis zum letzten Platz. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende einen Brief des antisemitischen konservativen Kandidaten Dr. Wegener, der eingeladen worden war. Er entschuldigte sein Nichterscheinen und bemerkte: Er wäre erschienen, wenn die Zulassung der Gegner aus der Bekannmachung der Versammlung ersichtlich gewesen wäre; nun aber sei er bereits anderweitig verlagert. — Der Vorsitzende verwies demgegenüber auf die in der Bekannmachung enthaltenen Worte: „Freie Diskussion“. Daraus hätte auch Herr Wegener ersehen müssen, daß jeder Wähler und auch Gegner eingeladen seien. Dann nahm der Genosse G. Ströbel das Wort zu seinem Referat über die bevorstehenden Reichstags-wahlen. Er kennzeichnete das Deutsche Reich als Institut zur Nahrung des Militarismus und Marinismus einerseits und zur Ausnutzung der arbeitenden Klassen andererseits, indem er hierfür zahlenmäßig den Nachweis führte und zugleich eine treffende Kritik an dem System der indirekten Besteuerung übte. Er wies nach, wie sehr die breiten nichtbesitzenden Massen belastet werden durch diese Besteuerung, deren Erträge für Militär und Marine und Kolonialpolitik verwendet würden. Unse Bourgeois überlasse es den Proletariern, die Kosten für Einrichtungen aufzubringen, die im Interesse der Besitzenden geschaffen und unterhalten würden. Wenn die Bourgeois rüsten und immer von neuem rüsten wolte, dann möge sie selbst die Kosten aufbringen. Das sei sehr wohl möglich durch eine progressive Einkommensteuer, eine Vermögensteuer und eine Erbschaftsteuer. Redner entwidete die Stellung der Socialdemokratie zu unserem heutigen Militarismus, stellte dem wirklichen Patriotismus der socialdemokratischen Schichten den elenden Prozentpatriotismus der Reichen und Reichsten gegenüber und enthielt den Schwindel, den die heutigetierigen Groß-agrarien mit dem sogenannten Bauernschutz treiben, der den Bauern in ihrer Masse schade, nicht aber nütze. Er kam zu dem Schluß, daß die arbeitenden Klassen nur der Socialdemokratie, die das ganze System des Militarismus und der indirekten Steuern allein prinzipiell bekämpfe, ihre Stimmen geben könnten. Daß Singer im vierten Wahlkreise gewählt werde, sei ja trotz Herrn Wegener-totischer. Er müsse aber mit einer ungeheueren Stimmen-zahl siegen, denn nicht nur die Arbeiterschaft Deutschlands, sondern die der ganzen Welt blide auf Berlin. Auch sei dafür zu sorgen, daß die bürgerlichen Parteien einen heilsamen Schreck erhielten. Unter stürmischem Beifall schloß Redner mit einem Ausblick auf das große Ziel der Umwandlung des kapitalistischen Ausbeuterstaats in eine sozialistische Gesellschaftsordnung. — Nachdem ein Parteigenosse die Leiden des Proletariats geschildert und sich im Sinne des Referats ausgelassen hatte, ermahnte der Vorsitzende die Versammelten, bei der Wahl ihre vollste Schuldigkeit zu thun. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Im fünften Wahlkreise hielten unsre Parteigenossen am Montag sechs Versammlungen ab.

Der blaue Saal im Grand-Hotel Alexanderplatz war voll besetzt. Dort sprach Genosse Leopold Liepmann. Gestützt auf eine Fülle von Thatsachen gestellte der Redner treffend die politische Charakterlosigkeit und Rechnungsträgerei der Antisemiten sowie der freisinnigen und befahte sich dabei auch mit dem Kandidaten Dr. Zwiad, der sich selbst bescheiden einen „Epigonen G. Richters“ nennt, dessen traurige Haltung in der Kinder-schutzfrage, dessen Fehlen bei wichtigen Abstimmungen in der Zolltarif-Kommission ebenso sehr für seine Unfähigkeit zum Volksvertreter zeugen, wie seine Aenherung gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht, die er jetzt wohl abzuliegen sucht, die aber von hundert unsrer Parteigenossen bezeugt werden kann. Besonders interessant mußte es für die zahlreich anwesenden Mitglieder des Vereins „Balda“ sein, als der Redner, um dem oben Gesagten über unsre Agitatoren, die sich von Arbeitergroßen mästen“, entgegen-zutreten, die letzte Jahresabrechnung jenes freisinnigen Vereins herbeifolte, aus der zu ersehen ist, daß von den 4798 M. Einnahmen nicht weniger als 1839 M. zur Verwaltung verbraucht wurden und schließlich nur 767 M. für Agitation übrig blieben. Ein socialdemokratischer Vereinsvorsitzender, der so wirtschaften wolte, würde selbstverständlich mit Schimpf und Schande verjagt werden. — Der Redner schloß seinen oft von lauten Beifallsäußerungen unterbrochenen Vortrag mit einem Hinweis auf die hervorragende Tüchtigkeit unsres Kandidaten Robert Schmidt. Trotz der starken Angriffe auf die Gegner verlangte keiner von ihnen das Wort.

Die Versammlung bei Diehner in der Landsbergerstraße war gut besucht. Genosse Otto Wels hielt das Referat. Er ging besonders auf den unter so traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen und mit den unlauteften Mitteln zu stande gebrachten Budgetarist ein und schilderte dann unter anderem auch die politische und geistige Delandene der freisinnigen Partei, welche der Redner ein „freisinniges“ Flugblatt aus dem Kreise Ruppiner-Templin verlas, worin der Kandidat dieser Partei, Bauerngutsbesitzer Postel, dadurch empfohlen wird, daß man ein Zeugnis seines ehemaligen militärischen Vorgesetzten abdruckt, das über die treffliche Führung Postels als Stallburche des Oberstlieutenants v. Löbenstein aus-tauschend schildert, beleuchtete auch die schmähliche Kampfesweise der Gegner an verschiedenen Beispielen. Große Wirkung übte die Verlesung eines lonerwählten Flugblatts, worin im Stile eines Schauermomans die schändlichen Taten und noch schändlicheren Pläne der Socialdemokratie geschildert werden, und dann endlich, um das Maß des Grauens voll zu machen, mitgeteilt wird, daß die schau-

lichen Absichten durch fürchbares Blutvergießen verwirklicht werden sollen. Natürlich erregte dies Nachweh große Heiterkeit. Der Vortrag, der in die Aufforderung zu eifriger Unterstützung der Kandidatur Robert Schmidts ausklang, fand stürmischen Beifall. — Gegner meldeten sich auch hier nicht zum Wort.

Im Vereins-hause, Linienstraße, sprach zunächst der Kandidat des Kreises, Genosse Robert Schmidt, der das Verhalten der bürgerlichen Parteien im verflochtenen Reichstage treffenden Kritik unterzog. In seinen weiteren Ausführungen beleuchtete er die freisinnige Volkspartei, die es immer verstanden hat, die sociale Gesehung zu hemmen und deren einer ihrer Führer, Herr Kreiting, erst kürzlich erklärte, daß der Socialgesetzgebung Inhalt gethan werden müsse. Genosse Schmidt kam zu dem Schluß, daß wenn die sociale Gesehung ausgebaut werden soll, um das Wort des deutschen Kaisers, daß jedem deutschen Arbeiter bis zu seinem spätesten Alter eine auskömmliche Existenz gesichert wird, zur Wirklichkeit werden zu lassen, daß es dann Pflicht jedes Wählers ist, der Socialdemokratie seine Stimme zu geben.

Als zweiter Redner kam Genosse G. Bauer zum Wort, der die enorme Steigerung der Ausgaben für Heer und Marine, die das deutsche Volk ganz ungeheuer belasten, kritisierte und darauf hinwies, wie schwer es nach Annahme der Zollvorlage dem Arbeiter werden wird, sich und seine Familie nur einigermaßen ernähren zu können. Schließlich forderte der Redner die Anwesenden auf, alle Kräfte anzupassen, um am 16. Juni der Socialdemokratie, durch die allein auch nur das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht gesichert ist, zum Siege zu verhelfen. Nachdem der Vortragende noch dafür plaidierte, daß in den letzten Tagen jeder seine Schuldigkeit thut, und besonders zur regen Beteiligung an der am nächsten Sonntag stattfindenden Flugblatt-Verbreitung aufgefordert hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung.

In den „Johannis-fällen“ sprach Genosse Bösch vor etwa 400 Personen, unter denen viele Frauen. Nach dem Referenten, der außer dem Militarismus und Marinismus namentlich die Belastung der arbeitenden Bevölkerung durch die Zölle behandelte, sprach ein Redner, der als Nichtsocialdemokrat zur Wahl eines Socialdemokraten aufforderte. Gegner meldeten sich sonst nicht zum Wort und so schloß Genosse Zucht die Versammlung mit einem warmen Appell an die Anwesenden, bis zum Wahltage und an diesem Tage selbst ihre Schuldigkeit zu thun.

Im Rosenthaler Hof referierte Genosse Georg Davids sohn. Die zahlreich versammelten Männer und Frauen folgten dem 1 1/2 stündigen Vortrag mit gespannter Aufmerksamkeit und spendeten dem Redner besonderen Beifall, als er die jämmerliche politische Haltung der freisinnigen im allgemeinen und des Herrn Dr. Zwiad im besonderen beleuchtete. Die Stimmung der Versammlung, die sich fast ausschließlich aus Angehörigen des Mittelstandes rekrutierte, ließ darauf schließen, daß auch in diesen Schichten des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises die Herren Liberalen sich keiner großen Sympathien mehr zu erfreuen haben. Nach dem Referenten nahm der Kandidat des Kreises, Robert Schmidt, das Wort und gab den Zuhörern in großen Zügen ein Bild von den End-zielen der Socialdemokratie, indem er auf diese Weise am besten das Gewächs der freisinnigen widerlegte. Die Socialdemokratie hüte sich, im Wahlkampfe mündlich oder schriftlich von ihren letzten Absichten und Plänen etwas verlauten zu lassen. Der donnernde Applaus, der dem halbständigen Referat des Genossen Robert Schmidt folgte, bewies, daß der Redner bei den Versammelten auf Verständnis gestoßen war und ihnen aus dem Herzen gesprochen hatte. Von den anwesenden freisinnigen und antisemitischen Gegnern meldete sich trotz mehrmaliger Aufforderung des Vorsitzenden keiner zur Diskussion, so daß die impotente Versammlung mit einem brausenden dreimaligen Hoch auf die Socialdemokratie um 11 1/4 Uhr ihr Ende fand.

In Baumshuldenweg sprach am Montag in einer überfüllten Versammlung W. L. de Kanaffe. Nach dem Referat meldete sich trotz mehrmaliger Aufforderung kein Gegner zum Wort. Mit einem Hoch auf unsre Partei wurde die Versammlung geschlossen.

Vermischtes.

Zum Untergang des „Liban“

bringt das Berliner Tageblatt noch folgende Meldungen:

Ganz abgesehen von der Unachtsamkeit und Nachlässigkeit des Kapitäns und der Offiziere des „Liban“ wird jetzt auch die Unzulänglichkeit der Schutzvorrichtungen schwer gerügt. Von 10 Rettungs-booten, die der „Liban“ mitführte, konnte nur eins benutzt werden. Aus Parjeisse werden andauernd die erschütterndsten Szenen gemeldet. Mehrere Personen, die ihre Kinder oder ihre ganze Familie verloren, wurden wahnsinnig oder versuchten Selbstmord. Man befürchtet, daß noch zahlreiche Passagiere sich auf dem versunkenen Schiffe befanden, die durch das Jeltbad mit hinuntergezogen wurden. Die Schiffsgesellschaft fraunmet besah nicht einmal eine Passagierliste, die aus Versehen an Bord gelassen worden war. Um die geängstigte Menge, die die Leanten der Compagnie mit Fragen besüchte, loszuwerden, wurde, so gut es ging, die Passagierliste zusammengestellt, die natürlich höchst ungenau ist. Die Hafenpolizei mußte zahlreiche Individuen vertheilen, die um die Unglücksstelle gondelten und unter den Schiffsfreuten nach Beute suchten.

Eine weitere Darstellung besagt: Die schreckliche Katastrophe, der am hellen Mittag unmittelbar vor Marseille über anderthalbhundert Menschen zum Opfer fielen, läßt auf die Verhältnisse der französischen Handelsmarine ein wenig vorteilhaftes Licht fallen. Der „Matin“ bringt die Schilderung, die ein Kapitän eines Risten-fahrzeuges, Namens „Mati“, von dem Vorgang entwirft. Er hatte sich auf dem „Liban“ nach Korsika eingeschifft. Er erzählt: „Ich sah auf einer Bank des Decks, als ich wiederholte Pflife hörte. Der Kapitän des „Liban“ Lacotte präsierte an der Tafel der ersten Kajüte, und der Obersteuermann (maitre des manoeuvres) leitete das Schiff. Diese Nachlässigkeit ist sehr, sehr auffallend. Aber das ist noch nicht alles. Im Augenblick des Zusammenstoßes wurde keine Anordnung getroffen, um die Passagiere zu retten. Der „Infulaire“, das andre Schiff, mochte nach dem Zusammenstoß alsbald kehrt und schlug den Weg nach Marseille ein, ohne sich um den „Liban“ weiter zu kümmern oder Boote zur Rettung ins Meer zu lassen. Die Lieberlichkeit war nicht minder groß auf unsrem Schiff, dem „Liban“. Als er einmal mit dem Vorderteil sich gesenkt hatte, ließ man ein Boot in das Meer. Aber eine Sache, die man nicht für möglich halten sollte: es gelang nicht, ein zweites Boot herunterzulassen, infolge der Aus-rüstung der Boote, die das Wandrieren mit ihnen unmöglich machte. Es gelang trotz aller Anstrengung nicht, sie in das Meer zu bringen, so daß von den sechs Booten fünf unbenutzbar blieben. Unter dem Beistande einiger Fischer, die sich in der Nachbarschaft befanden, und die herbeieilten, konnten wir ein Duzend Personen retten, die in das einzige Boot des „Liban“ stiegen. Als ich das Schiff sinken sah, sprang auch ich in das Boot. Wir hielten uns eine Zeit in der Nähe und rafften auf, was wir erreichen konnten an Lebenden und Toten. In unserem Rettungsversuch, das durch andre Fischer unterstützt wurde, fanden wir bei den Toten und andern herbeigeeilten Schiffen Unterstützung. Später nahm uns der Bleschamps auf, auf dem ich auch den Obersteuermann vom „Liban“ antraf.“

So der französische Kapitän, sicher ein unbedächtiger Zeuge. Wie auf der Bourgoigne, die bei Newfoundland unterging, ist es wiederum der Befahrung gelungen, sich zu retten, während die große Mehrzahl der Passagiere zu Grunde ging. Der Bericht des Kapitäns Arnaud, des Kommandanten des „Infulaire“, besagt, daß der „Liban“, nach dem Austausch von Signalen, ihm den Weg verlegte und ihm die Steuerbordseite zeigte, so daß ein Zusammenstoß unvermeidlich war. Der „Infulaire“ koppte und ließ die Maschinen rückwärts arbeiten, aber der Abstand war so gering, daß er den „Liban“ an der Steuerbordseite in Höhe des Podmales anrannte. Der Vorderbug des „Infulaire“ zerfiel am „Liban“. Der Kapitän kann sich nicht erklären, wie der „Liban“, trotzdem er alles ausbot, um seine Route einzubalten und gemäß den Vorschriften und den Signalen sich nach der linken Seite herum-zudrehen, vollständig auf die Steuerbordseite gelangen konnte.

Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.